Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung



Unsere Welt



25. Juli 1946 auf dem Bikini-Atoll: Unterwasserzündung einer US-Atombombe in 27 Metern Wassertiefe. Die durch die Druckwelle hervorgerufene Wilson-Wolke hat sich teilweise aufgelöst und gibt den Blick auf die Wassersäule und den blumenkohlförmigen Explosionspilz sowie die Flotte von Zielschiffen frei. Die Palmen am Strand wurden mit schwarzer und weißer Farbe angestrichen, um die Höhe der erwarteten Flutwelle messen zu können. Quelle: United States Department of Defense/Wikipedia

Kriegsmaschinerie und Umwelt

Kampf dem grössten Zerstörer

«Die Kreativität, die Ideale und der Mut der Jugend der Welt sollten mobilisiert werden, um eine weltweite Partnerschaft zu schaffen und so eine nachhaltige Entwicklung herbeizuführen und eine bessere Zukunft für alle zu sichern», heisst es im Grundsatz 21 der «Erklärung von Rio» aus dem Jahr 1992. Die damalige UNO-Konferenz für Umwelt und Entwicklung hat sich gewünscht, die Jugend möge es richten. Jetzt, 27 Jahre danach, scheint ihr Wunsch bei eben dieser Jugend angekommen zu sein. Sie wird sich auch dem grössten Umweltverschmutzer anzunehmen haben.

Von Martin Schwander

Die gegenwärtige Debatte um Klimawandel und Umweltzerstörung richtet sich in der Regel an die Zivilgesellschaft: Einerseits an die nichtmilitärische Industrie und an uns alle, die wir deren Produkte auf irgend eine Weise konsumieren, andererseits an die Politik, die dazu die Regeln festlegt.

Gänzlich hinaus geschlichen aus dieser Debatte hat sich der militärische Sektor, obwohl gerade die militärischen Aktivitäten, ob im Frieden oder im Krieg, am schlimmsten gegen unsere Umwelt wüten.

Es gebe verschiedene Gründe, dass der militärische Beitrag zur Umweltzerstörung nicht die gebührende Aufmerksamkeit erhalte, meinte das Internationale Friedensbüro (IFB) 2002 in einem Grundsatzpapier zu den «Auswirkungen des Militärs auf die Umwelt»: «Erstens wird das Militär nicht als (Industrie) angesehen, verhält sich aber in vielerlei Hinsicht wie eine solche. Ein weiterer Grund ist, dass Staaten mit zweierlei Mass messen: Sie sind nicht bereit, ihre Streitkräfte dem Umfang an Transparenz und Rechenschaftspflicht zu unterwerfen, der von anderen staatlichen oder zivilgesellschaftlichen Akteuren verlangt wird.» Dabei seien die militärischen Belastungen der Umwelt enorm, etwa durch Verschmutzung von Luft, Wasser und Land in Friedenszeiten, durch die unmittelbaren und langfristigen Auswirkungen von bewaffneten Konflikten, durch die Militarisierung des Weltraumes, durch die Entwicklung und Produktion von Kernwaffen, durch Landnutzung von Übungsplätzen und Militärstützpunkten und durch die Umleitung von Ressourcen. «Die Streitkräfte der Welt sind für die Freisetzung von mehr als zwei Dritteln von FCKW-113 in die Ozonschicht verantwortlich», hält das IFB in seinem Papier von 2002 fest.

Frieden und nachhaltige Entwicklung

Friedens- und Solidaritätsbewegungen haben in der Vergangenheit immer wieder auf die verheerenden Auswirkungen von kriegerischen Handlungen auf die natürlichen Lebensgrundlagen der zivilen Bevölkerung hingewiesen. Vergessen wir nicht, dass der Kampf gegen den Atomtod an der Wiege der Weltfriedensbewegung stand. Aber auch gegen andere Massenvernichtungswaffen hat sie ihre Stimme immer wieder erhoben, gegen den Einsatz von bakteriologischen Kampfmitteln im Korea-Krieg etwa oder gegen die grauenhaften «Entlaubungs»-Aktionen der USA mit chemischen Kampfstoffen im Vietnamkrieg. Diese Stimmen der Entrüstung fanden im Kalten Krieg jedoch nur mühsam ihren Weg zu einer breiteren Öffentlichkeit.

Erst 1987 wurde erstmals ausserhalb des Friedenslagers in einem internationalen Dokument der enge Zusammenhang von Frieden und Um-

weltschutz «offiziell» festgehalten. Im Brundtland-Bericht, der den Begriff der «nachhaltigen Entwicklung» prägte, wird unterstrichen: «Vier der dringendsten globalen Umweltanforderungen – Tropenwälder, Wasser, Wüstenbildung und Bevölkerung – könnten mit weniger als einem Monat weltweiter Militärausgaben finanziert werden.»

Noch wird im Brundtland-Bericht aber lediglich thematisiert, dass Milliarden von öffentlichen Ressourcen jährlich für Waffen, militärisches Material, Kriege und Militarisierung verschleudert statt für die Lösung globaler Probleme eingesetzt werden: Der Focus lag in erster Linie auf dem Verschlingen anderswo benötigter Ressourcen durch das Militär und nicht auf dem umweltschädlichen Aspekt der schieren Existenz von Armeen. So meinte etwa Fidel Castro am 12. Juni 1992 in seiner Rede an der UNO-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro: «Jetzt, wo die angebliche Bedrohung durch den Kommunismus nicht mehr da ist, und keine Vorwände für kalte Kriege, Wettrüsten und Militärausgaben bleiben, was hindert uns daran, diese Mittel sofort dafür einzusetzen, die Entwicklung der Dritten Welt zu fördern und die Gefahr der ökologischen Zerstörung des Planeten zu bekämpfen?»

In seiner Abschlusserklärung dann hielt der UNO-Umweltgipfel erstmals auf dieser Ebene fest, dass Frieden, Entwicklung und Umweltschutz einander bedingen und unteilbar sind: «Kriegshandlungen haben ihrer Natur nach zerstörerische Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung.»

Konsequent weiterentwickelt haben diesen Gedanken gut zehn Jahre später die «Umweltschützer gegen Fortsetzung Seite 2

Unsere Welt

Schweizerische Friedensbewegung Postfach 2113, 4001 Basel 42. Jahrgang Nr. 2 – 2019 Solidaritätsbeitrag: Fr. 2.–

Aus dem Inhalt

| Drohender Ökozid: Umweltschuld bezahlen | 3 |
|---|---|
| Militärflugzeuge und ihre Folgen: Kerosin-Regen | 3 |
| 70 Jahre NATO: Nichts zu feiern | 4 |
| Venezuela: Und übermorgen Europa | 5 |
| Venezuela: Putsch As Putsch Can | 6 |
| Bundesrat und Atomwaffenverbot: Anhaltende Schande | 7 |
| Abschied: Louise Stebler, Martha Martin und Eug Pfister | 8 |

Belgrader Erklärung

Niemals vergessen

Am 22. und 23. März 2019 erinnerte in Belgrad unter dem Motto NIEMALS VERGESSEN eine Internationale Konferenz zum Thema «Frieden und Fortschritt statt Kriege und Armut» an den 78 Tage dauernden NATO-Angriff auf Serbien vor 20 Jahren. Organisiert wurde der Anlass in Zusammenarbeit mit dem Weltfriedensrat (WFR) vom Belgrader Forum für eine Welt der Gleichen und anderen serbischen Friedensorganisationen.

In einer gemeinsamen Erklärung zum Abschluss der Konferenz verurteilten die über 200 Teilnehmenden aus 35 Ländern die damalige NATO-Aggression und unterstrichen, dass dieser Angriffskrieg gegen ein friedliches, souveränes europäisches Land unter brutaler Verletzung der Charta der Vereinten Nationen, der Helsinki-Schlussakte der KSZE von 1975 und der Grundprinzipien des Völkerrechts geführt worden war. Es habe sich dabei weder um einen kleinen Krieg noch um eine humanitäre Intervention gehandelt, sondern um einen Krieg zur Erreichung bestimmter geopolitischer Ziele insbesondere der USA.

Die NATO-Aggression gegen Serbien sei ein direkter und gleichzeitiger Angriff gewesen «auf das Friedens- und Sicherheitssystem in Europa und der Welt, das nach dem Ergebnis des Zweiten Weltkriegs aufgebaut wurde.»

Die NATO bediene bloss den Rüstungsindustriekomplex und das Grosskapital und sei kein Werkzeug für den Frieden, für die Bedürfnisse der Menschen und den Fortschritt. «Deshalb sollte die NATO, ein Relikt des Kalten Krieges, aufgelöst und ausländische Militärlager abgeschafft werden, darunter die Militärbasis Bondsteele in der serbischen Provinzen Kosovo und Metohija.»

Die Teilnehmer der Konferenz stellten fest, dass die Welt eine Zeit des wachsenden Misstrauens, der Spannungen und der Bedrohung durch neue Interventionen und Konflikte durchlebt. Sie appellierten an alle friedlichen Kräfte in der Welt, sich gemeinsam für die Einhaltung des Völkerrechts auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen und für eine stärkere Rolle der Vereinten Nationen und anderer universeller internationaler Organisationen einzusetzen.

«Frieden, Stabilität, Demokratie und integrativer Fortschritt erfordern radikale Veränderungen in den globalen Beziehungen, die Achtung der souveränen Gleichheit, Nichteinmischung, Multikulturalismus, gemeinsame Interessen und den Ausschluss von Egoismus, Protektionismus und von Privilegien.»

(Übersetzung aus dem Englischen: UW)



Unsere Welt 2 April 2019

Fortsetzung von Seite 1

Kampf dem grössten...

den Krieg», eine globale Koalition von Antikriegsorganisationen. In ihrem Widerstand gegen den damaligen Angriff der Bush-Regierung auf den Irak verabschiedeten sie 2003 eine von mehr als 100 Organisationen aus dem Umwelt-, Friedens- und Solidaritätsbereich unterzeichnete Erklärung. Darin zählten sie 11 Gründe auf, Krieg und Militarismus abzulehnen:

1. Krieg tötet Menschen

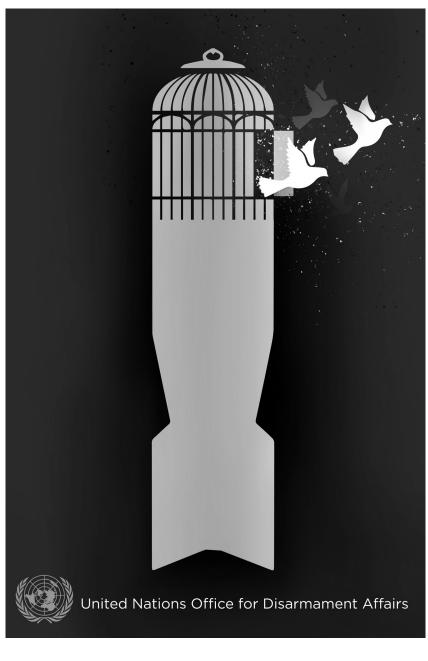
Der Krieg ist die tödlichste Aktivität der Menschheit. (...) Militärische Konflikte verursachten den Tod von bis zu 6,25 Prozent aller im 20. Jahrhundert geborenen Menschen. Im Ersten Weltkrieg starben etwa 8,4 Millionen Soldaten und 5 Millionen Zivilisten. Der Zweite Weltkrieg forderte das Leben von 17 Millionen Soldaten und 34 Millionen Zivilisten. Fünfundsiebzig Prozent der Toten im modernen Krieg sind Zivilisten. Im Krieg werden Frauen, Kinder, ältere Menschen, Minderheiten und Arme überproportional getötet und verletzt.

2. Krieg zerstört die Natur

Krieg vernichtet Wildtiere, stört einheimische Lebensräume und verunreinigt Land, Luft und Wasser. Der Schaden kann über Generationen anhalten. Die Vereinigten Staaten warfen 25 Millionen Bomben und 72 Millionen Liter «Agent Orange»-Herbizid und andere chemische Waffen auf die Wälder, Felder und Farmen Vietnams. Millionen Hektar von der russischen Ostsee bis zum Pazifischen Ozean wurden durch Militärchemikalien und radioaktive Abfälle verseucht. In Kambodscha sind 2 100 Quadratkilometer mit mehreren Millionen Minen gespickt, die weiterhin Wildtiere und Menschen töten. Die Umwelt Angolas ist mit mehr als 10 Millionen Landminen belastet. Streubomben, thermophysikalische Explosionen, chemische und biologische Waffen und Projektile aus radioaktivem abgereichertem Uran sind unterschiedslos Massenvernichtungswaffen.

3. Krieg zerstört die Gesellschaft

Der Krieg zerstört Dörfer, Ackerland und städtische Infrastruktur. Kriege zerstören unersetzliche kulturelle Artefakte, alte Denkmäler und archäologische Stätten. Die Vereinigten Staaten warfen 1991 88 000 Tonnen Bomben auf den Irak und zerstörten 9 000 Häuser, Wassersysteme, Kraftwerke, kritische Brücken und vier grosse Dämme. Die daraus resultierende gesundheitliche Notlage trug zum Tod von 500 000 irakischen Kindern bei. Im Jahr 2002 warfen die USA eine Viertelmillion Streubomben auf Afghanistan ab, im Jahr 2003 28 000 Raketen, Bomben und Raketen auf den Irak. In den letzten 25 Jahren hat der Krieg Städte und Dörfer auf der



ganzen Welt verwüstet und nachhaltige Schäden in so unterschiedlichen Ländern wie dem Sudan, El Salvador, Mosambik, Angola, Libanon, Jugoslawien, Ruanda, Afghanistan, Liberia, Uganda, Kolumbien, Somalia, Kongo, Irak, Burundi, Iran und Äthiopien hinterlassen.

4. Krieg verbraucht Ressourcen

Ein riesiges globales Militärimperium muss aufrechterhalten werden, um die Öl-gestützten Volkswirtschaften der Welt zu versorgen. Der Krieg erfordert die Verbrennung riesiger Öllager und erzeugt erhebliche Mengen an Treibhausgasen. Der Zweite Weltkrieg verbrauchte 6 bis 9 Milliarden Barrel Öl (1 Barrel sind knapp 159 Liter!), Wüstensturm (Desert Storm): 45 Millionen Barrel. Das Pentagon verbrauchte 2001 134 Millionen Barrel. Die Armeen der Welt verbrauchen jährlich fast zwei Milliarden Barrel Öl (318 000 000 000 Liter...). Das Pentagon ist der grösste Verbraucher von Öl, Chemikalien, Edelmetallen, Papier und Holz.

5. Krieg verschmutzt

Bomben, Raketen, Granaten, Kugeln und militärische Brennstoffe vergiften unser Land, unsere Luft und unser Wasser mit Blei, Nitraten, Nitriten, Kohlenwasserstoffen, Phosphor, radioaktiven Ablagerungen, korrosiven und toxischen Schwermetallen. Nicht explodierte Munition liegt verstreut auf mehr als 15 Millionen Hektar. Die Armeen der Welt sind für bis zu 10 Prozent der globalen Luftverschmutzung verantwortlich. Der Golfkrieg von 1991 erzeugte 80 000 Tonnen Treibhausgase. An jedem Tag sind mehr als 60 000 US-Truppen an Operationen oder militärischen Übungen in etwa 100 Ländern beteiligt. Das Pentagon ist der weltweit grösste Umweltverschmutzer und erzeugt jedes Jahr 750 000 Tonnen gefährliche Abfälle. US-Militärbasen haben Siedlungen in Kanada, Deutschland, Grossbritannien, Grönland, Island, Italien, Panama, den Philippinen, Südkorea, Spanien und der Türkei verschmutzt. Es gibt mehr als 14 000 kontaminierte Militärstandorte in den Vereinigten Staaten selbst, viele davon in der Nähe von einkommensschwachen Stadtteilen und marginalisierten Wohngebieten.

6. Krieg ist kostspielig

Die Kosten aller militärischen Konflikte der USA vom Revolutionskrieg bis zum Zweiten Weltkrieg werden auf mehr als 4 Billionen Dollar geschätzt. Erhöhte Militärausgaben entziehen Mittel aus dringenden sozialen, bildungspolitischen, medizinischen und ökologischen Bedürfnissen. In den Vereinigten Staaten gingen 51 Prozent des 2003 festgesetzten Bundeshaushalts an das Militär. Die globalen Militärausgaben erreichten im Jahr 2000 798 Milliarden Dollar. Die weltweiten Ausgaben für das Militär belaufen sich mittlerweile auf rund 842 Milliarden Dollar pro Jahr (2017: 1 091 Milliarden, die Red.). Es kostet 2,2 Milliarden Dollar, um eine Marinekampfgruppe für ein Jahr aufzubauen, zu unterstützen und zu betreiben. Dreizehn Millionen Dollar könnten 80 000 Dörfern der Dritten Welt Zugang zu sauberem Wasser verschaffen. Die Kosten für ein 1,5 Milliarden Dollar teures Trident U-Boot könnten die Kinder der Welt gegen sechs tödliche Krankheiten immunisieren und 1 Million Todesfälle pro Jahr verhindern. CNN meinte am 20. März 2003: «Die Kosten für die ersten 25 Tomahawk-Raketen, die in der ersten Stunde des ersten Tages im Krieg mit dem Irak abgefeuert wurden, waren mehr als das Fünfzigfache des jährlichen HUD-Budgets (Ministerium für Wohnungsbau und Stadtentwicklung) zur Beendigung der Obdachlosigkeit in Amerika.»

7. Militarismus untergräbt den Frieden

Der Krieg lenkt riesige Mengen an Kapitalressourcen und menschlicher Energie davon ab, wichtige soziale, bildungspolitische, medizinische und ökologische Bedürfnisse zu erfüllen, und zwar in zerstörerische und tödliche Anstrengungen. Nicht nachhaltige Volkswirtschaften müssen sich auf den Einsatz militärischer Gewalt verlassen, um die Kontrolle über wesentliche ausländische Ressourcen wie Öl, Uran und Metalle zu gewährleisten. Im Jahr 2001 waren 247 000 US-Soldaten auf 752 Stützpunkten in mehr als 130 Ländern stationiert. Militärisch dominante Staaten sind anfällig für Aggressionen – und Aggressionen laden zu Vergeltungsmassnahmen ein. Die USA sind der weltweit grösste Lieferant von Waffen (2017: 226,6 Mia. US-Dollar, siehe SIPRI-Bericht in dieser UW, die Red.). Viele Länder, die US-Waffen kaufen, sind repressive Regime, die die Bedürfnisse ihrer eigenen Bürger ignorieren. Auf der ganzen Welt verarmt der Militarismus die Vielen und bereichert die Wenigen. Von dieser gefährlichen Instabilität profitieren nur die Waffenhersteller und Kriegsgewinnler der Welt.

8. Militarismus schwächt die Demokratie

Militärische Organisationen sind von Natur aus autoritäre Systeme, die eher einen Kult des Gehorsams als eine Kultur der Unabhängigkeit fördern. Seit 1859 haben US-Truppen weltweit mehr als 160 Mal militärisch interveniert – durchschnittlich einmal im Jahr. Um diese Interventionen zu rechtfertigen, haben US-Beamte das US-amerikanische Volk über die den Kriegen zugrunde liegenden Vorwände angelogen. Auf der ganzen Welt wurden Kriegs- und Kriegsrechtserklärungen – häufig auf der Grundlage falscher oder inszenierter Provokationen – verwendet, um Pressezensur einzuführen, abweichende Meinungen zu unterbinden und politische Gegner einzusperren. Militarisierung und der Kampf gegen den Terrorismus wurden als Vorwand benutzt, um die politischen und bürgerlichen Freiheiten zu untergraben. Nach dem U.S. Patriot Act können Umweltproteste nun als terroristische Akte definiert werden. Weltweit besteht das Militär darauf, von Umwelt- und Zivilgesetzen ausgenommen zu werden.

9. Militarismus verzerrt die Wissenschaft

Der Militarismus fördert die Entwicklung immer tödlicherer Waffen. Universitäten und Unternehmen, die Zeit, Talent und Ressourcen für die Bewältigung von Problemen der Armut, Krankheit und Ungerechtigkeit aufwenden könnten, entwickeln statt-

Militärmüll
Als Folge von Schiffsunfällen befinden sich mindestens 50 Atomsprengköpfe und 11 Kernreaktoren auf dem Meeresboden. Auf Hoher See gibt es mehr Kernreaktoren als an Land. Das Pentagon produziert 5mal mehr Giftstoffe als die 5 grossen US-Chemieunternehmen zusammen. Die Kosten für die Sanierung militärisch genutzter Standorte werden auf über 500 Milliarden Dollar geschätzt.

Quelle: IFB, 2002

dessen extravagante neue Militärtechnologien. Zu diesen extravaganten Waffen gehören: chemische Waffen, ethnisch ausgerichtete Waffen, elektromagnetische Waffen, bewusstseinsverändernde Drogen, miniaturisierte Überwachungstechnologie und «weniger tödliche» Waffen, die zur Kontrolle der eigenen Bürger eines Landes eingesetzt werden sollen. Die Vereinigten Staaten geben jährlich mehr als 58 Milliarden Dollar für militärische Forschung und Entwicklung aus. Weltweit sind mehr als 50 Millionen Wissenschaftler, Forscher und Arbeiter in der Rüstungsindustrie beschäftigt.

10. Militarismus fördert Rassismus

Der Militarismus verlangt von den Bürgern eines Landes zu glauben, dass die Bürger der konkurrierenden Nationen von Natur aus böse oder sogar minderwertig sind. Militärbasen, Waffendepots, Lagerplätze und militärische Übungen setzen die meist armen lokalen Siedlungen in der Nachbarschaft einem lähmenden Lärmpegel, chronischer Luftverschmutzung, chemischer Kontamination und dem Risiko von Unfalltod oder -verletzung aus. Atomerz wird aus Ländereien von Ureinwohnern gewonnen, Atomwaffen werden auf solchen Ländereien getestet und Atommüll darauf abge-

11. Militarismus bedroht die menschliche Existenz

Die Vereinigten Staaten haben anderen Ländern mit dem präventiven Einsatz von Atomwaffen gedroht – den ultimativen Massenvernichtungswaffen. US-Atomangriffe auf die Zivilbevölkerung von Hiroshima und Nagasaki töteten 210 000 Menschen, während die Überlebenden der Explosionen zum langsamen, allmählichen Dahinsiechen verdammt waren. Es wird angenommen, dass durch die Auswirkungen von Atomtests im Freien weltweit etwa 2,4 Millionen Menschen sterben. Kernwaffen, die von Israel, Indien, Pakistan, Russland, China und Grossbritannien gelagert werden, haben das Potenzial, die menschliche Zivilisation zu beenden. Ein Atomwaffenaustausch zwischen Indien und Pakistan könnte 30 Millionen Menschen töten. Diese kostspieligen und gefährlichen Lagerbestände müssen abgebaut und vernichtet werden.

Teufelskreis gemeinsam durchbrechen

Diese Erklärung ist nun 16 Jahre alt. Aktualisiert werden müsste sie nur, was die Zahlen betrifft. Inhaltlich bleibt sie – leider – so aktuell wie zum Zeitpunkt ihrer Verabschiedung. Ebenso wie in ihrer Schlussfolgerung: Schluss mit den Kriegen, weg mit dem Militarismus, weg mit den Armeen, fort mit den Waffen, den Militärindustrien, den Militärfahrzeugen, Flugverbot für sämtliche Militärflugzeuge.

Wir haben in der letzten «UW» geschrieben, dass die jungen Menschen, die nun zu Tausenden weltweit auf die Strasse gehen und Rücksicht auf das Klima und damit auf ihre wie unsere Zukunft einfordern, unsere Achtung, unsern Respekt und unsere Unterstützung verdienen. Ohne Frieden kann es keine nachhaltige Entwicklung geben und ohne nachhaltige Entwicklung keinen Frieden. Gemeinsam können wir es schaffen, den Teufelskreis zwischen Krieg und Gewalt, globaler Ungerechtigkeit, Armut, Umweltzerstörung, Klimaveränderung und Verschwendung von Rohstoffen zu durchbrechen. «Schluss mit dem Egoismus», meinte Fidel Castro vor 27 Jahren in Rio de Janeiro, «Schluss mit dem Vormachtstreben, Schluss mit der Gefühllosigkeit, der Unverantwortlichkeit und dem Betrug. Morgen wird es zu spät sein für das, was wir schon lange hätten tun müssen.»

Talon zum Mitbewegen

Vorname:

| Strasse: | | Mail (fak.): |
|---|--|---|
| PLZ: | Wohnort: | |
| ☐ Ich möchte Mi (jährl. Mitglied ☐ Ich möchte ein | tglied im Verein Schlerbeitrag Fr. 20.— in Probeabonnement UW. Bitte stellen S | , |
| Datum: | Unterschrift: | |
| | | n und einsenden an: Schweizerische F Basel, sfb@bluewin.ch |

Unsere Welt 3 April 2019



Den Hunger töten, nicht den Menschen. Grafik von Jorge Carlos Cintrón (ACCS/Cuba)

Umweltschuld muss bezahlt werden

Drohender Ökozid

Diese Wirtschaftsordnung ist unvereinbar mit den Gesetzen der Natur und des Lebens. Die Konsumgesellschaften sind die Hauptverantwortlichen für die Vernichtung der Umwelt, meinte Fidel Castro auf der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung am 12. Juni 1992 in Rio de Janeiro.

Von Fidel Castro

... Eine bedeutende biologische Gattung ist aufgrund der schnellen und fortschreitenden Beseitigung ihrer natürlichen Lebensbedingungen vom Aussterben bedroht: der Mensch.

Wir werden uns jetzt dieses Problems bewusst, wo es fast zu spät ist, es zu verhindern.

Es muss darauf verwiesen werden, dass die Konsumgesellschaften die Hauptverantwortlichen für die grauenhafte Vernichtung der Umwelt sind. Sie entstanden aus den ehemaligen Kolonialmetropolen und der imperialen Politik, die ihrerseits die Rückständigkeit und die Armut verursachten, welche heute die immense Mehrheit der Menschheit geisseln. Sie verbrauchen zwei Drittel des Metalls und drei Viertel der Energie, die auf der Welt erzeugt werden, obwohl sie nur 20 Prozent der Weltbevölkerung

darstellen. Sie haben die Meere und Flüsse vergiftet, die Luft verschmutzt, die Ozonschicht geschwächt und Löcher in ihr verursacht, haben die Atmosphäre mit Gasen angereichert, die die klimatischen Bedingungen beeinträchtigen, was katastrophale Auswirkungen hat, die wir schon zu spüren beginnen.

Die Wälder verschwinden, die Wüsten weiten sich aus, Milliarden Tonnen fruchtbarer Erde enden jährlich im Meer. Zahlreiche Arten sterben aus. Der aus dem Bevölkerungszuwachs resultierende Druck und die Armut führen zu verzweifelten Anstrengungen, um selbst auf Kosten der Natur zu überleben.

Man kann dafür nicht die Länder der Dritten Welt beschuldigen, die gestern Kolonien waren und heute durch die ungerechte Weltwirtschaftsordnung ausgebeutete und ausgeplünderte Nationen sind. Die Lösung kann nicht sein, die Entwicklung jener zu verhindern, die sie am meisten brauchen. Wahr ist, dass alles das, was heute zur Unterentwicklung und zur Armut beiträgt, ein offenkundiges Attentat auf die Ökologie ist. Zig Millionen Männer, Frauen und Kinder sterben infolge dessen jährlich in der Dritten Welt, mehr als in jedem der beiden Weltkriege. Der ungleiche Austausch, der Protektionismus und die Auslandsverschuldung greifen die Ökologie an und fördern die Zerstörung der Umwelt.

Wenn man die Menschheit vor dieser Selbstzerstörung retten will, müssen die Reichtümer und die verfügbaren Technologien des Planeten besser verteilt werden. Weniger Luxus und weniger Verschwendung in einigen wenigen Ländern, damit weniger Armut und weniger Hunger in grossen Teilen der Erde herrschen. Schluss mit dem Transfer von Umwelt zerstörenden Lebensstilen und Konsumgewohnheiten in die Dritte Welt. Das menschliche Leben muss rationaler werden. Es muss eine gerechte internationale Wirtschaftsordnung durchgesetzt werden. Alle notwendigen wissenschaftlichen Forschungen sollen für eine nachhaltige Entwicklung ohne Umweltverschmutzung eingesetzt werden. Es soll die Umweltschuld bezahlt werden und nicht die Auslandsschuld. Es soll der Hunger verschwinden und nicht der Mensch.

Jetzt, wo die angebliche Bedrohung durch den Kommunismus nicht mehr da ist, und keine Vorwände für kalte Kriege, Wettrüsten und Militärausgaben bleiben, was hindert daran, diese Mittel sofort dafür einzusetzen, die Entwicklung der Dritten Welt zu fördern und die Gefahr der ökologischen Zerstörung des Planeten zu bekämpfen?

Schluss mit dem Egoismus, Schluss mit dem Vorherrschaftsbestreben, Schluss mit der Gefühllosigkeit, der Unverantwortlichkeit und dem Betrug. Morgen wird es zu spät sein für das, was wir schon lange gemacht haben müssten.

Quelle: amerika21.de

Kampf ums Überleben

Erzwungener Raubbau

In allen Kriegen massieren sich Vertriebene an Orten, wo sie durch keinerlei Infrastruktur unterstützt werden. Um ihre Grundbedürfnisse zu erfüllen, ziehen die Flüchtlinge ihre Umwelt herbei.

Von Karl Mathiesen

Während des ruandischen Bürgerkriegs lebten fast eine Dreiviertelmillion Menschen in Lagern am Rande des Virunga-Nationalparks. Nach Angaben des Worldwatch Institute wurden zwei Jahre lang täglich rund 1 000 Tonnen Holz aus dem Park entfernt, um Unterkünfte zu bauen, Kochkessel zu heizen und Holzkohle für den Verkauf herzustellen. Bis zum Ende des Konflikts waren 105 Quadratkilometer Wald beschädigt und 35 Quadratkilometer abgeholzt.

Als die ruandischen Flüchtlinge nach Zaire (heute Demokratische Republik Kongo) strömten, löste dies einen weiteren Bürgerkrieg aus. Virunga war nun von menschlichen Konflikten umgeben. 1994 wurde der Park zum ersten UNESCO-Weltkulturerbe, das aufgrund von Konflikten als gefährdet eingestuft wurde.

Virunga ist ein emblematisches Thema auf einem Kontinent, der durch Krieg gekennzeichnet ist. Der Park beherbergt stark gefährdete Berggorillas sowie Schimpansen, Elefanten und andere charismatische Megafauna. Ian Redmond, ein Wildhüter von Born Free, sagt, dass sich in der Unordnung und Verzweiflung des Krieges der Schutz für wertvolle Wildlebensräume wie Virunga verflüchtigt.

«Krieg ist in vielerlei Hinsicht schlecht für die Tierwelt wie für die Menschen. Ihr Schutz leidet, weil die Wildhüter häufig vor den Kämpfen fliehen müssen und angegriffen werden, wenn Rebellenarmeen ihre Fahrzeuge, Radios und Waffen begehren. Ausserdem ernähren Rebellen ihre Truppen oft von Buschfleisch und finanzieren ihre Operationen mit Elfenbein, Holz, Holzkohle und Mineralien aus Schutzgebieten.»

Der massive Zustrom von leistungsstarken Waffen in diese Gebiete bedeutet, dass während und nach dem Konflikt das Ausmass der Wilderei dramatisch zunehmen kann. In nur zwei Monaten im Jahr 2006 schlachteten Mai-Mai-Rebellen in der Demokratischen Republik Kongo fast die gesamte Flusspferdepopulation von zwei Flüssen in Virunga und veränderten damit das Ökosystem für immer

Auch in Afghanistan sind Wildtiere und Lebensräume verschwunden. In den letzten 30 Jahren des Krieges wurde das Land seiner Bäume beraubt, darunter wertvolle einheimische Pistazienwälder. Das «Costs of War Project» der Brown-Universität in Providence besagt, dass illegaler Holzeinschlag durch von den USA unterstützte Kriegsherren und die Holzernte durch Flüchtlinge dazu führten, dass mehr als ein Drittel der

afghanischen Wälder zwischen 1990 und 2007 verschwand. Dürre, Wüstenbildung und Artenverlust sind die Folge. Die Zahl der Zugvögel, die durch Afghanistan ziehen, ist um 85% gesunken

Viele der oben genannten Beispiele könnten als Verstösse gegen das Völkerrecht angesehen werden. Die Genfer Konvention schränkt Mittel und Methoden der Kriegsführung ein, «die dazu bestimmt sind oder von denen erwartet werden kann, dass sie ausgedehnte, lang anhaltende und schwere Schäden der natürlichen Umwelt verursachen». (...)

Gesetze und Verhaltenskodexe können dazu dienen, einen Bruchteil des Schadens zu lindern, der durch die Kriege grosser Armeen verursacht wurde. Eine weitaus grössere (und möglicherweise erreichbare) Auswirkung wäre die Reduzierung der riesigen stehenden Armeen, die die Welt in einer Zeit relativer globaler Ruhe unterhält.

Aber rechtliche Rahmenbedingungen und grundsätzliche Sensibilitäten werden nicht bis in die anarchischen Bürgerkriege von Afrika, Syrien und anderswo reichen. Verzweifelte Menschen werden weiterhin auf Kosten aller um sie herum um ihr Überleben kämpfen – und wer könnte es ihnen verübeln?

Zitiert aus dem Artikel «What's the environmental impact of modern war» von Karl Mathiesen in «The Guardian» vom 16.11.2014. Übersetzung aus dem Englischen: UW

Militärflugzeuge und ihre Folgen

Kerosin-Regen

Militärflugzeuge sind sowohl Verbraucher als auch Verursacher. Für die Herstellung eines einzelnen F-15-Strahltriebwerks werden fast 4,5 Tonnen Titan, Nickel, Chrom, Kobalt und Aluminium benötigt. Diese Triebwerke fliegen meilenweit über der Erde, verbrennen durch Tanks mit JP-8-Kerosin und verschütten weltweit wärmende Abgaswege aus Wasserdampf und Chemikalien – einschliesslich Stickoxiden, die zu Eiswolken gefrieren, was wiederum die Zerstörung des schützenden Ozonschildes des Planeten beschleunigt. Aber die Wirkung dieser mächtigen Waffen ist auch in Erdnähe zu spüren.

Von Petra Loesch

Die durch den militärischen Flugverkehr verursachten Umweltzerstörungen sind gravierender als offiziell gemeldet und werden oft unterschätzt. Mit zunehmendem Treibstoffverbrauch gelangt Verschmutzung immer öfter als unsichtbarer Regen auf die Erde und bringt Wälder, Seen und Felder langsam zum Kollaps. Experten warnen davor, dass ein einziger Liter Kerosin eine Million Liter Grundwasser verunreinigen kann.

Während jeder Flugstunde verbrennt ein Jet fast 8 000 Gallonen (30 283 Liter) Kerosin. Fünf Prozent davon werden als Kohlenmonoxid, Stickoxide, Kohlenwasserstoffe, Russ und Kohlendioxid in die Luft geblasen – bis zu 10 Millionen kg pro Jahr, die sich überwiegend auf niedrigere Fluggebiete konzentrieren.

Triebwerke verbrennen nicht nur immense Mengen an Treibstoff, sondern verbrauchen auch grosse Mengen an Sauerstoff. Ein Passagierflugzeug kann während des Starts zwei Mio Liter Luft pro Sekunde schlucken und in den ersten fünf Flugminuten so viel Sauerstoff verbrennen, wie ein 178 km² grosser Wald an einem Tag produzieren kann.

Bei jedem routinemässigen Betankungsvorgang (vom Tankwagen über den Lagertank bis zum Tankfahrzeug bis zum Jet) gehen etwa acht Gallonen Kerosin verloren. Wenn ein Kampfflugzeug auf die Landung vorbereitet wird, verlangen die Sicherheitsvorschriften, dass die Piloten überschüssigen Kraftstoff durch Auslassventile abwerfen. (In einem «Notfall» kann aller überschüssige Treibstoff in die Luft geschüttet werden.) Dieses routinemässige Treibstoffentleeren in der Nähe von Flugplätzen hat Brände in

der Umgebung von US-Basen ausgelöst.

Kerosin wird auch über Land, Seen und Ozeane verschüttet, wenn Tankflugzeuge bei Betankungsmanövern in der Luft Treibstoff an Düsenjäger übergeben. Diese Übungen sollen ausserhalb von Wohngebieten in Höhenlagen von 1 600 bis 2 900 Fuss durchgeführt werden, aber Bürgerbeschwerden (und Fotos) belegen, dass dies nicht immer der Fall ist.

F-16-Jets, die von den Vereinigten Staaten, Belgien, den Niederlanden und Dänemark geflogen werden, bergen eine weitere verborgene Gefahr: Hydrazin, eine giftige Flüssigkeit, die als «Notaggregat» für den Wiederanlauf blockierter Triebwerke dient.

Hydrazin ist eine klare, nach Ammoniak riechende Flüssigkeit, die explosive, schwerere Mischungen als Luft bildet. An heissen Tagen können verschüttete Hydrazindämpfe unsichtbar über den Boden «kriechen». Bei Entzündung können die Explosionen über weite Strecken reichen. Hydrazindämpfe reizen Augen und Atmungsorgane und der Kontakt kann die Haut verbrennen. Hydrazin, das über die Haut aufgenommen wird, kann die Leber, das zentrale Nervensystem, das Herz, die Nieren und das Blut schädigen. Die tödliche Dosis beträgt ein Gramm. Jede F-16 trägt fast 27 Liter Hydrazin.

Petra Loesch ist heute Senior Clinical Science Liaison und Senior Clinical Research Program Manager am Krebszentrum des Massachusetts General Hospital.

Zitiert aus ihrem Text von 1989 «Jet Fright: The Impacts of Military Aircraft», in Gar Smith (Hrsg.), «The war and environment reader», JWB, Virginia 2017. Übersetzung UW



«Argus», der Diskussionsclub für moderne Politik der Schweizerischen Friedensbewegung, ist am 18. Juni 2018 gegründet worden. Er trifft sich grundsätzlich einmal pro Monat in Basel.

Unsere Ziele

«Argus» ist eine Plattform für aktive Meinungsbildung, wo friedensrelevante Themen selber bearbeitet, eigene Forschungen gemacht und Resultate kontrovers diskutiert werden.

Der Diskussionsclub ist parteipolitisch, ideologisch und konfessionell neutral und einzig und allein der Wahrheit und dem Frieden verpflichtet. Er ist offen auch für Nichtmitglieder der Schweizerischen Friedensbewegung.

Anmeldung

Interessierte können sich mit untenstehendem Talon oder hier anmelden: argus@friedensbewegung.ch.

Ich interessiere mich für «argus»

| Name |
|-------------|
| Vorname |
| |
| Strasse, Nr |
| PLZ, Ort |
| E.W.1 |
| E-Mail |

Bitte einschicken an Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 BASEL

Unsere Welt 4 April 2019



Anti-Nato-Rally vor dem Weissen Haus in Washington vom 30. März 2019. Weltfriedensrat-Exekutivsekretär Iraklis Tsavdaridis spricht zur Kundgebung. Foto wpc

70 Jahre NATO

Nichts zu feiern

Direkt vor dem Weissen Haus, wo der Gipfel der NATO ihr 70jähriges Jubiläum feierte, fand im Lafayette-Park von Washington am 30. März 2019 eine Anti-NATO-Kundgebung statt. Getragen wurde sie von einer breiten Koalition aus 27 US-Friedensorganisationen, darunter dem Friedensrat der USA und der United National Anti-War Coalition (UNAC). Für den Weltfriedensrat (WFR) sprach dessen Exekutivsekretär Iraklis Tsavdaridis.

Von Iraklis Tsavdaridis

Liebe Freunde, liebe Mitstreiter für Frieden und soziale Gerechtigkeit!

Wir begrüssen die friedliebenden Menschen in den USA, die US-Friedensbewegung und insbesondere den US-Friedensrat und die United National Anti-War Coalition (UNAC). Ihre Initiative, diesen Kundgebungsund Protestmarsch zum 70. Jahrestag der grössten Kriegsmaschinerie der Menschheitsgeschichte, der NATO, durchzuführen, ist von grosser Bedeutung. Sie findet hier statt, direkt vor dem Weissen Haus, von wo aus die US-Präsidenten in den letzten 70 Jahren, Hand in Hand mit den Führern der anderen NATO-Staaten, auf der ganzen Welt Verbrechen begingen, Interventionen unternommen und Staatsstreiche und imperialistische Kriege vom Zaune gerissen haben und dies immer noch tun.

Der WFR ist ebenfalls 70 Jahre alt, mit einer Geschichte von Kämpfen auf der Seite der Armen und Unterdrückten, seit seiner Gründung im Widerstand gegen die NATO, immer basierend auf den Grundprinzipien der UN-Charta und dem Recht der Völker, ihr Schicksal allein und ohne fremde Einmischung zu bestimmen.

Von dieser historischen Kundgebung in Washington D.C. aus vereinen wir unsere Stimmen mit dem friedliebenden Volk der USA gegen den gemeinsamen Feind unserer Träume und Wünsche. Wir bekunden unsere aufrichtige Solidarität mit den Opfern der rassischen Unterdrückung und Diskriminierung in den USA, die angeblich das «Land der Freiheit und der grössten Demokratie» sind.

Wir unterstützen die Forderungen der US-Friedensbewegung nach Kürzungen der riesigen Militärausgaben, die mehr als 700 Milliarden US-Dollar pro Jahr erreichen, während die Verarmung der Bevölkerung zunimmt und die sozialen Rechte verschwinden. Die Kriegsindustrie der USA war und ist auch in Zeiten der Wirtschaftskrise bestrebt, ihre Gewinne auf Kosten der Arbeiterklasse zu steigern und die Völker der Welt zu ihren Opfern zu machen.

Die NATO dient eindeutig den Interessen der grossen Monopole und multinationalen Konzerne, als selbsternannter «Weltpolizist» expandiert sie weltweit und handelt seit 1999 offen über ihre in ihrer Gründungsakte definierten Grenzen hinaus. Die NATO hat eine lange Geschichte von subversiven Aktionen, von militärischen Interventionen, Aggressionen

und Kriegen auf allen Kontinenten. Die NATO wurde 5 Jahre vor dem Warschauer Pakt gegründet und setzt ihre aggressiven Pläne auch 28 Jahre nach dessen Auflösung fort. Die NATO war nie ein Verteidigungsorganismus; überdeutlich wurde dies während ihrer 78-tägigen Aggression gegen die Völker Jugoslawiens vor 20 Jahren, damals, als sie ebenfalls hier in Washington den 50. Jahrestag ihres Bestehens feierte.

Aber ehrlich, was feiert die NATO am 4. April? Das Chaos, das sie in Jugoslawien, in Afghanistan, im Irak, in der Ukraine, in Syrien, im Jemen hinterliess oder ihre Machenschaften seit rund 60 Jahren gegen Kuba, ihre Regimewechsel in Lateinamerika oder ihre offenen Drohungen für eine militärische Intervention heute in Venezuela? Auf was ist die NATO in diesen 70 Jahren stolz?

Derzeit erleben wir die klaren und offenen Manöver der US-Regierung, der Staaten der «Lima-Gruppe» und der Europäischen Union, um die rechtmässige Regierung Venezuelas durch Wirtschaftssanktionen und Wirtschaftskrieg, durch Sabotageaktionen und andere subversive Methoden zu stürzen. Gleichzeitig nimmt die NATO Kolumbien in ihre Reihen auf und verweist auf Brasilien als potenzielles neues Mitglied, beides Nachbarländer Venezuelas.

SIPRI-Zahlen für 2017 **Mords-Statistik**

Gemäss dem schwedischen Forschungsinstitut SIPRI belief sich der Verkauf von Waffen- und Rüstungsgütern durch die weltweit grössten Unternehmen der Rüstungsindustrie und der Militärdienste – die SIPRI Top 100 – im Jahr 2017 auf 398,2 Mia. US-Dollar.

Mit 42 börsennotierten Unternehmen dominierten die in den USA ansässigen Unternehmen auch 2017 die Top 100. Zusammengenommen stiegen die Waffenverkäufe US-amerikanischer Unternehmen um 2,0 Prozent auf 226,6 Mia. US-Dollar, was einem Anteil von 57 Prozent entspricht. Fünf US-Unternehmen waren 2017 in den Top 10 gelistet, wobei Lockheed Martin mit einem Waffenumsatz von 44,9 Mia. US-Dollar der grösste Waffenproduzent der Welt blieb.

Die kombinierten Waffenverkäufe russischer Unternehmen machten 9,5 Prozent der Top-100-Unternehmen aus. Damit löste Russland 2017 das Vereinigte Königreich erstmals seit 2002 als zweitgrösster Waffenproduzent unter den Top 100 ab. Der Umsatz der 10 in den Top 100 gelisteten russischen Unternehmen stieg 2017 um 8,5 Prozent auf 37,7 Mia. US-Dollar. Die kombinierten Waffenverkäufe der 24 unter den Top 100 gelisteten Unternehmen in Westeuropa stiegen 2017 um 3,8 Prozent auf 94,9 Mia. US-Dollar, was 23,8 Prozent der Top 100 entspricht. Grossbritannien blieb 2017 mit einem Waffenumsatz von 35,7 Mia. US-Dollar der grösste Waffenproduzent in der Region, und sieben seiner Unternehmen wurden in die Top 100 aufgenommen. Grösster Waffenproduzent Grossbritanniens ist mit einem Waffenumsatz von 22,9 Mia. US-Dollar die Firma BAE Systems. (www.sipri.org)

Wir sagen und rufen es laut, hier in der Hauptstadt der USA: Hände weg von Venezuela! Nur die Völker selbst sind befugt, über die Reichtümer und den Wohlstand ihrer Länder zu entscheiden. All diese selbsternannten «Interimspräsidenten», diese Marionetten sind gescheitert und jede ähnliche Aktion wird fehlschlagen.

Liebe Freunde

Die NATO verzichtet auch nicht auf eine nukleare Erstschlagoption, wie auf ihrem Warschauer Gipfel vor zwei Jahren festgestellt wurde. Gleichzeitig ziehen sich die USA aus dem INF-Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme zurück und schaffen neue Gefahren für ein neues atomares Wettrüsten. Die NATO entsendet Zehntausende von Truppen in Europa entlang des Gürtels von den baltischen Staaten bis Bulgarien und errichtet «Raketenabwehrschilde» in Polen und Rumänien, umkreist Russland und versucht, es in Schach zu halten.

Wir fordern als WFR die Auflösung der NATO als bewaffneten Arm des Imperialismus und kämpfen mit unseren Mitgliedern in den NATO-Mitgliedstaaten um den Rückzug aus ihr.

Wir fordern die Schliessung aller ausländischen Militärbasen in der Welt, insbesondere jener der USA und der NATO, die 95 % ausmachen. Wir unterstreichen die Forderung des WFR nach der Schliessung der US-Militärbasis in der kubanischen Provinz Guantánamo, wo die USA auch ihr illegales Gefängnis betreiben.

Wir fordern die Menschen in den USA auf, sich über die Pläne ihrer Regierung und ihrer Verbündeten in der NATO und der EU im Nahen Osten zu informieren und bekunden unsere Solidarität mit den Völkern der Region in ihrem Kampf gegen die religiösen fundamentalistischen Söldner und für den Abzug aller ausländischen Truppen aus ihren Ländern. Wir bekunden unsere Solidarität mit dem palästinensischen Volk und seinem Recht auf einen unabhängigen und lebensfähigen Staat innerhalb der Grenzen vom 4. Juni 1967 und mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt, mit dem Recht auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge und der Freilassung palästinensischer politischer Gefangener aus israelischen Gefängnissen.

Von Washington D.C. aus erklärt und verpflichtet sich der Weltfriedensrat, gemeinsam mit allen friedliebenden Kräften in den USA und der Welt für eine Welt des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit zu kämpfen, ohne imperialistische Ausbeutung und Kriege, in der die Völker die wahren Meister ihres Lebens sein werden! (Übersetzung: UW)

Franziskus weicht in Marokko heiklem Thema aus Papst enttäuscht

März in der Sahara: Verfolgung der Journalistin Nazha El Khalidi, Schikanen gegen den politischen Gefangenen Sidi Abdallah Abbahah, Vertreibung der Aktivistin Carmen López Permuy, Repression von Demonstrationen.... März in Marokko: Der Papst spricht von «Barrieren» für Migranten, bezieht sich aber weder auf die Menschenrechte, noch auf die politischen Gefangenen oder die 2700 Kilometer lange verminte Mauer quer durch die Westsahara. Der Papst hofft, dass Marokko weiterhin ein «Beispiel der Menschlichkeit» für Migranten und Flüchtlinge bleibt.

Von Alfonso Lafarga

Die Saharauis erwarteten eine Geste von Papst Franziskus während seines Besuchs in Marokko als «Diener der Hoffnung», aber es gab keine; sie baten um die Vermittlung des Papstes, aber diese fand nicht statt.

Die Zivilgesellschaft der Sahara und die Solidaritätsorganisationen mit dem saharauischen Volk haben beim Oberhaupt der katholischen Kirche die Unterdrückung angeprangert, die seit 43 Jahren in der von Marokko besetzten Westsahara herrscht, wo täglich die Menschenrechte verletzt und natürliche Ressourcen geplündert werden und das 1991 beschlossene Referendum zur Selbstbestimmung untersagt ist. Sie sagten es demjenigen, der auf einer internationalen Konferenz im Dezember 2018 meinte, dass jene, die institutionelle Verantwortung innehaben, die Menschenrechte in den Mittelpunkt aller Politiken stellen sollten, auch wenn es bedeutet, gegen den Strom zu schwimmen.

Aber in den öffentlichen Äusserungen des Staatsoberhauptes des Vatikans in Rabat am 30. und 31. März 2019 – vor dem marokkanischen Volk und den marokkanischen Behörden, bei einem Treffen mit Migranten, bei einem anderen mit Priestern und Ordensleuten und während der Massenpredigt für 10 000 Menschen – gab es keinen einzigen ausdrücklichen Hinweis weder auf die Menschenrechte, deren Verletzung in der Westsahara von den wichtigsten internationalen Organisationen in diesem Bereich angeprangert wird, noch auf die fünfzig saharauischen politischen Gefangenen in marokkanischen Gefängnissen (auch nicht auf die inhaftierten Marokkaner), noch auf den Raub der natürlichen Ressourcen der Saharaui, kurz gesagt auf die Verfolgung des saharauischen Volkes seit der Invasion der marokkanischen Armee in der ehemaligen spanischen Kolonie und der Flucht Tausender Saharauis in die Wüste unter dem Beschuss mit Napalm und weissem Phosphor.

Marokko, ein «Beispiel für Menschlichkeit»?

Der Oberhaupt der katholischen Kirche gab in seinen Reden Erklärungen ab, die sich auf die Situation der saharauischen Bevölkerung zu beziehen schienen, von der ein Teil in den besetzten Gebieten verfolgt wird und der andere Teil in Lagern in der algerischen Wüste. Aber das war nicht der Fall. Er forderte «einen Dialog, der den Reichtum und die Besonderheiten jedes Volkes und jeder Person respektiert» und unterstrich die Notwendigkeit, «von der einfachen Toleranz zur Achtung und Wertschätzung anderer überzugehen». Andererseits ging der Papst so weit, seine Hoffnung zum Ausdruck zu bringen, dass Marokko «weiterhin ein Beispiel für die Menschlichkeit von Migranten und Flüchtlingen in der internationalen Gemeinschaft sein möge» (sic).

In Bezug auf diese, die Migranten und Flüchtlinge, sagte er, dass sie «im Zentrum des Herzens der Kirche» stehen und dass alle das Recht auf Leben und Zukunft haben; er ermutigte Priester und Ordensleute, den «Kleinen und Armen, Gefangenen und Migranten» nahe zu sein, ihren Beitrag «im Dienste von Gerechtigkeit und Frieden» zu leisten und «ältere Menschen, Schwache, Behinderte und Unterdrückte» zu begleiten.

Papst Franziskus, der im vergangenen Sommer im Vatikan mit einer Gruppe von Kindern aus den saharauischen Flüchtlingslagern fotografiert wurde, die er als «saharauische Botschafter für den Frieden» bezeichnete, erwähnte jedoch mit keinem Wort die Situation des saharauischen Volkes unter dem marokkanischen Regime, das, wie pro-saharauische Organisationen ihm geschrieben haben, «sich auf die anhaltende Unterdrückung durch Militär und Polizei abstützt, was alle Arten von Ungerechtigkeit, Missbrauch und Repression zur Folge hat, die Besatzung in einen ständigen Angriff auf die Menschenrechte verwandelt und Angst und Hass hervorruft». Und sie schrieben das jemandem, der weiss, dass man die Augen vor der Ungerechtigkeit nicht verschliessen darf.

Ausgeblendeter Grenzwall durch die Westsahara

Bezug nehmend auf Einwanderer und Flüchtlinge, meinte der Papst, es handle sich um ein Phänomen, das nie durch den Bau von Mauern gelöst werden könne. Die Webseite El Confidencial Saharaui kommentierte darauf, der Papst habe die Schandmauer von Marokko wohl ignoriert, diese militärische Barriere, die aus einem mit mehr als 7 Millionen Antipersonen- und Anti-Panzerminen befestigten Erdwall besteht und saharauische Zivilisten umbringt oder verstümmelt. «Weiss der Papst nicht, dass das saharauische Volk seit 43 Jahren durch diese Barriere geteilt ist?», fragt die Seite.

Am Ende der Reise und bei einer Pressekonferenz im Rückflug nach Rom sprach der Papst noch einmal über Mauern. Der Wille, Brücken zu bauen, sei sehr stark in Marokko, deshalb sei es umso schmerzhafter zu sehen, dass andere lieber Mauern bauen. «Warum ist das schmerzhaft? Weil diejenigen, die Mauern bauen, als Gefangene der Mauern enden, die sie gebaut haben.» Wer dagegen Brücken baue, der komme weiter.

Endlich: Menschenrechte

Jetzt, im Flugzeug, verwendet Papst Franziskus, wenn auch nur in einem Zitat, jenen Begriff, auf den die prosaharauischen Organisationen in ihrem Brief an das katholische Oberhaupt gedrängt, den er aber während seiner öffentlichen Auftritte in Marokko tunlichst vermieden hatte: Menschenrechte. «Die Menschenrechte sind wichtiger als die Abkommen», diesen Satz habe Alexis Tsipras, der Ministerpräsident Griechenlands, ihm einmal in einem Gespräch gesagt. Dabei sei es um die Abkommen gegangen, Flüchtlinge und Migranten nicht ins Land und damit nach Europa zu lassen. «Dieser Satz verdient den Nobelpreis.»

Menschenrechte gelten nicht in den besetzten Gebieten der Westsahara, sie werden dort praktisch täglich verletzt, ebenso wie in den Städten im Süden Marokkos mit saharauischer Bevölkerung und in den marokkanischen Gefängnissen, wo saharauische politische Gefangene inhaftiert sind.

Alfonso Lafarga ist spanischer Journalist. Quelle: contramutis.wordpress.com. Übersetzung UW

Unsere Welt 5 April 2019



Delegation des US-Friedensrates zu Besuch beim COSI im venezolanischen Bundesstaat Mérida. Foto zvg.

Carolus Wimmer im Gespräch

Heute Venezuela, morgen...

«Die Geduld unserer Bevölkerung ist aufgebraucht», meint der Präsident des Komitees für internationale Solidarität und Frieden (COSI) von Venezuela. Der ehemalige Vorsitzende des Lateinamerikanischen Parlaments, Carolus Wimmer, erinnert an die konterrevolutionäre Gewalt, die 2017 während dreier Monate in den Strassen Venezuelas geherrscht hatte: «Das wollen die Menschen bei uns nicht noch einmal erleben.» Organisationen wie das COSI hätten in dieser Situation eine wichtige Funktion: «Wir müssen unsere Souveränität verteidigen, aber auch die Friedensidee weiterbringen.»

Von Martin Schwander

Unsere Welt: Das Komitee für Internationale Solidarität und Frieden von Venezuela (COSI) hat sich kürzlich neue Strukturen gegeben. Wie entwickelt sich die venezolanische Friedensbewegung?

Carolus Wimmer: Wir haben die nationale Leitung drastisch reduziert und bauen dafür an der Basis stark aus. Ziel ist es, in jedem einzelnen der 24 Bundesländer präsent zu sein. Dabei dürfen wir bekanntlich auf eure Unterstützung zählen. Die nationale Führung besteht im Moment nur aus drei Personen: aus Generalsekretär Gabriel Aguirre, aus Sofia Marchán als Vertreterin der Jugend und mir als Präsidenten.

Wir haben das Glück, in einem politisch sehr interessierten Umfeld arbeiten zu können. Es ist nun unsere Aufgabe, dieses Interesse auch auf die Friedensarbeit zu lenken. Natürlich war in der Vergangenheit gerade bei den Jugendlichen Lateinamerikas das Gewehr des «Che» attraktiver als die Friedenstaube. Auch jetzt hören wir immer wieder Stimmen die sagen: Wenn die USA kommen, dann gebt mir eine Waffe. Wir müssen die Souveränität verteidigen, das ist ausser Frage, aber gleichzeitig müssen wir eben auch die Friedensidee vorwärtsbringen. Im Rahmen der sogenannten zivil-militärischen Einheit pflegen wir Kontakte beispielsweise zur zentralen Schule der Nationalgarde und halten dort vor diesen 17, 18jährigen angehenden Mitgliedern der Nationalgarde Vorträge über Friedenspolitik, Lateinamerikanische Integration, Antiimperialismus.

Die brutale Aggression der USA, unter der wir alle leiden, die Drohungen gegen unsere Politiker, sie würden alle in Guantánamo landen, die Drohungen, unser Land zu zerstören, all das macht unsere Bevölkerung empfänglich für die Friedensarbeit. Die Geduld mit der schwierigen Lage in der Familie, im Alltag, insbesondere 2017, als die Konterrevolution drei Monate lang gewütet und einige Bundesländer faktisch besetzt hielt und die Menschen kaum mehr aus ihren Häusern gehen konnten wegen der Kräfte, die sich jetzt wieder um Guaidó sammeln - diese Geduld ist auf-

gebraucht, das wollen die Menschen nicht noch einmal durchmachen. Die Friedensidee wird deshalb generell unterstützt und unsere Aufgabe ist es, die Bedeutung von Frieden zu konkretisieren. Wir versuchen dabei, die verschiedensten Schichten anzusprechen, unterschiedliche Altersgruppen, auch Kleinkinder wollen wir einbeziehen, mit Strassen-Malaktionen beispielsweise und wir möchten in Bereiche vorstossen, wo wir noch zu wenig sichtbar sind, in der Musik, im Theater, in der Literatur. Das müssen wir auch, sonst bleibt das COSI eine Organisation aus zwar hochkaratigen Persönlichkeiten, aber ohne Basis.

worden war, sind viele Privilegien der herrschenden Schichten gefallen und nun kämpfen sie darum, diesen Prozess rückgängig zu machen. Durch die neuen Gesetze sind beispielsweise Kleinbauern zu Land gekommen, das früher einigen wenigen Grossgrundbesitzern, auch ausländischen gehörte, von denen aber nicht produktiv genutzt wurde. Die wollen ihr Land wieder zurückholen und zwar mit Gewalt: Bereits sind über 300 Anführer ländlicher Gewerkschaften und Bauern, die ihre Existenz nicht kampflos aufgeben wollten, ermordet worden.

Das ist Klassenkampf und es ist für uns fast unmöglich, diese Sektoren anzusprechen. Man muss auch klar sehen, dass sich darunter eigentliche Söldnertruppen befinden, die bestens ausgerüstet und für den Strassenkampf ausgebildet sind.

Die Basis, zusammenzukommen in unserer Gesellschaft, muss die soziale Gerechtigkeit bleiben. Das ist für uns auch eine Friedensfrage: Ohne

Unterstützt die **Friedensarbeit des COSI** in Venezuela mit einer Spende auf das Konto der SFB, 4001 Basel, PC-40-1627-7, IBAN CH72 0900 0000 4000 1627 7, Vermerk «COSI». Herzlichen Dank!

Unsere Welt: Wenn man unseren Medien vertrauen will, zieht sich durch das heutige Venezuela ein tiefer Graben, der sich auch bildlich in Szene gesetzt sieht, etwa durch die Grosskundgebungen für oder gegen die Regierung. Was kann das COSI tun, um diesen Riss durch die Gesellschaft zu mildern?

Carolus Wimmer: Unsere Gesell-schaft war schon immer gespalten. Früher gab es eine unbeschreibliche Armut, von der etwa 80% unserer Bevölkerung betroffen war, aber diese Bevölkerung war nicht sichtbar, sie wurde einfach ignoriert, verdrängt. Die indigene Bevölkerung beispielsweise existierte im Bewusstsein der herrschenden Schichten einfach nicht. All diese Ausgeschlossenen konnten sich kaum bemerkbar machen, sie konnten weder lesen noch schreiben und von den Herrschenden wurden sie als «Untermenschen» betrachtet.

Erst mit dem Chavismus wurden diese Ausgeschlossenen in den gesellschaftlichen Prozess eingeschlossen und erst durch diesen politischen Kampf für Ideale, die eigentlich jeder teilen sollte, wie Frieden und soziale Gerechtigkeit, die damit beginnt, dass du lesen und schreiben kannst, erst damit wurde die längst bestehende Spaltung sichtbar. Mit der neuen Verfassung von 1999, die vom Volk in einer Abstimmung gutgeheissen

soziale Gerechtigkeit wird es keinen Frieden geben, das sind nicht zwei verschiedene Züge, die da fahren. Auf dieser Basis können wir uns mit einem grossen Teil unserer Bevölkerung treffen. Auch auf der Basis des Antiimperialismus übrigens. Es gibt durchaus Kräfte der Opposition, die beispielsweise mit uns eintreten für die Unabhängigkeit von Puerto Rico, gegen die Einmischungspolitik der USA ganz generell. Zu diesen Leuten können wir als parteiungebundene Organisation Brücken schlagen. Wir benützen dabei vier Adjektive, in denen wir uns gemeinsam wiederfinden können: patriotisch, demokratisch, antiimperialistisch und volksnah.

Dann gibt es aber eben jene, die von unversöhnlichem Hass erfüllt sind, die Chavez zunächst gewählt haben, weil sie sich von ihm erhofften, er würde wie alle Politiker vor ihm ihre Privilegien schützen. Als Chavez daran ging, sich um die Ärmsten der Armen zu kümmern und seine Politik des Einschlusses tatsächlich umsetzte, wandelte sich diese Hoffnung in blanken Hass und in die nackte Gewalt um, wie wir sie zuletzt 2017 erlebt haben.

Unsere Welt: Die Medien bei uns sprechen in Bezug auf die Situation in Venezuela von einer humanitären Krise oder gar Katastrophe, wie wenn es beispielsweise um Jemen ginge. Kannst Du das nachvollziehen? Carolus Wimmer: Auf Länder wie Venezuela bezogen werden solche Konzepte verwendet, wenn ein Vorwand gesucht wird, international einzugreifen. Natürlich greifen die USA auch sonst ein, aber wenn sie irgendwie formell bleiben, das heisst zum Beispiel die Mehrheit der OAS-Mitglieder hinter sich bringen wollen, dann muss für eine Intervention laut OAS-Statut eben eine humanitäre Krise existieren, oder die Demokratie muss in Gefahr sein, die Menschenrechte verletzt werden. Nur so ist ein Mandat der OAS zu bekommen, und genau deshalb werden diese Termini in Verbindung mit Venezuela gebracht und propagandistisch verwendet.

Tatsächlich haben wir in Venezuela gewaltige Schwierigkeiten und es
wird auch mit allen Mitteln versucht,
tatsächlich eine humanitäre Krise herbeizuführen, ein Chaos zu schaffen,
das Volk gegen die Regierung aufzuwiegeln, die Streitkräfte zu spalten
etc., aber von einer humanitären Krise kann man zur Zeit trotzdem nicht
sprechen. Wir haben keine perfekte
Gesellschaft, es gibt weiterhin soziale
Ungerechtigkeiten, auch Korruption,
aber wir haben einen funktionierenden Rechtsstaat.

Unsere Welt: Waren diese Lebensmitteltransporte von Kolumbien her also reine Propaganda?

Carolus Wimmer: Es gibt Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung, es gibt Schwierigkeiten in der Versorgung mit Medikamenten. Aber warum ist das so? Wir leben unter den Bedingungen einer fast perfekten Blockade, heute auch von Sanktionen, unter völkrrechtlich nicht zugelassenen Zwangsmassnahmen. Die USA scheren sich einen Deut um das Völkerrecht und verhängen eine Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gegen uns, um uns sämtliche Möglichkeiten zu nehmen, beispielsweise Zahlungen auszuführen, internationale Schulden zu begleichen.

Unsere Welt: Also wird einerseits versucht, das Volk auszuhungern, andererseits schickt man unter grossem Propagandaaufwand Hilfsgüter an die Grenze...

Carolus Wimmer: Man kann das nachlesen: Mike Pence beispielsweise, der US-Vizepräsident, der spricht ganz konkret davon, uns auszuhungern. Unser Volk müsse leiden. Und der aus dem Hausarrest geflohene Oppositionsführer Antonio Ledezma sagte in Madrid, es brauche wohl 1 Million Tote, um die Demokratie «zurückzugewinnen». Das ist keine rechte Opposition, das ist Faschismus.

Ein Beispiel noch zur Blockade. Unser Staat hat in Katar dringend benötigte Medikamente, insbesondere zur Behandlung von chronisch Kranken und Impfstoffe für Kinder eingekauft und auch bezahlt. Diese Medikamente, insgesamt 200 000 Pakete, befanden sich auf dem Flug nach Venezuela, als sie beim Umladen in Madrid – vermutlich auf Druck der USA - von der spanischen Regierung blockiert wurden. Man kann das nicht anbders bezeichnen als kriminell. Es bedeutet konkret, dass Kinder nicht geimpft werden können, dass chronisch Kranke, die ein bestimmtes Medikament täglich benötigen, darauf verzichten müssen. Und wer trägt dann die Schuld? Präsident Maduro? Oder die willfährige spanische Regierung?

Ich komme eben von einer internationalen Konferenz in Belgrad aus Anlass des 20. Jahrestages der NATO-Bomben auf Serbien. Das war sehr beeindruckend für mich, ich habe direkt Venezuela gesehen, diesen Willen, ein Volk kaputt zu machen. Man benötigt die Bevölkerung nicht, die USA brauchen uns Venezolaner nicht, sondern sie benötigen das Erdöl, das

Gas und alle anderen Bodenschätze meines Landes. Die Neutronenbombe, gegen die ihr euch in den 70er und 80er Jahren erfolgreich gewehrt habt, wäre in diesen Augen die ideale Waffe gegen unser Land: Sie vernichtet die Menschen und schützt das Materielle.

Unsere Welt: Von Europa aus wird die Forderung erhoben nach Neuwahlen.

Carolus Wimmer: Es ist ein Beweis dafür, dass man Venezuela nicht kennt. Wir leben unter ständigen Wahlen. Bei uns existiert sogar das Abwahlreferendum: Die Bürgerinnen und Bürger können verlangen, dass ein Gemeindevorsteher, ein Bürgermeister, ein Gouvernbeur oder gar der Präsident sich einer eventuellen Abwahl stellen muss. 2004 wollte die Opposition auf diesem Weg Chávez abwählen. Chávez hat das Referendum aber gewonnen. Das ist eine demokratische Möglichkeit der Opposition, die sie auch jetzt ergreifen könnte, aber das hat sie seit 2004 nie mehr gemacht. Ein Teil der Opposition zieht es vor, den Weg des Putsches zu gehen.

Ob und wann wir wählen, wird allein in Venezuela entschieden. Eigentlich steckt in dieser europäischen Forderung ja der Vorwurf, die bisherigfen Wahlen seien nicht demokratisch gewesen. Es kommt mir ein bisschen vor wie wenn im Fussball eine Mannschaft sagen würde, nur meine Tore sind gültig, deine nicht. Die USA sagen, wenn unser Mann gewinnt, dann war die Wahl demokratisch, wenn er nicht gewinnt, erkennen wir die Wahl nicht an. Die USA führen sich bei uns immer noch so auf, wie wenn Lateinamerika ihr Hinterhof geblieben wäre und sie alles bestimmen könnten.

Auch in Europa wächst die Einsicht, dass das Handeln der USA weder vom Streben nach Demokratie noch von den Menschenrechten bestimmt wird, sondern allein von ihrem Interesse an Erdöl, an Bodenschätzen. Ein rechtsgerichteter hoher deutscher Politiker hat kürzlich gemeint, der US-Botschafter in Berlin führe sich auf wie der Hochkommissar einer Besatzungsmacht. Es hilft uns, wenn bei euch das Bewusstsein wächst, dass es heute zwar Venezuela trifft und morgen vielleicht Bolivien, dass es übermorgen aber schon Europa sein kann.

Unsere Welt: Am Tag unseres Interviews finden in den USA Kundgebungen mit dem Motto «Hände weg von Venezuela» statt. Wird diese Solidarität in Venezuela registriert?

Carolus Wimmer: Das wird bei uns sehr genau wahrgenommen, ebenso die Verknüpfung, die von den US-Friedensfreunden mit der NATO gemacht wird. Wichtig für uns sind auch die Besuche, beispielsweise kürzlich vom ANC aus Südafrika oder vom Friedensrat aus den USA. Das COSI stellt jeweils eine breite Agenda zusammen, mit vielen Begegnungen quer durch die Gesellschaft. Das ist für alle Seiten gewinnbringend. Auch die Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Friedensbewegung wird für die Menschen in meinem Land direkt sichtbar, durch die Unterstützung der COSI-Strukturen in den Bundesländern usw. Der Frieden wird in der ganzen Welt bedroht und wir müssen entsprechend weltweit zusammenhalten, nicht nur für uns heute, sondern insbesondere auch für unsere künftigen Generationen.

Solidaritätsmission

Vom 11. – 18. April weilt in Zusammenarbeit mit dem COSI eine Delegation des Weltfriedensrates zu Besuch in Venezuela. Die Schweizerische Friedensbewegung SFB wird durch Dr. Nathalie Benelli vertreten.

Unsere Welt 6 April 2019



Nein zum Krieg, Nein zum Staatsstreich in Venezuela: Kundgebung vom 28. März 2019 in Madrid. Foto diario-octubre.com

Heuchelei allenthalben

Putsch As Putsch Can

Das Handeln des Westens in Venezuela offenbart die zunehmende Missachtung der internationalen Rechtsordnung.

Von Rüdiger Rauls

Jemand ruft sich selbst zum Präsidenten aus, obwohl es einen gewählten Amtsträger gibt, und ruft fremde Mächte zu seiner Unterstützung ins Land. Was Guaidó, der Liebling der westlichen Presse, getan hat, würde anderswo als Hochverrat eingestuft. Man muss sich nur einmal vorstellen, ein Deutscher erklärte sich zum «Übergangsbundeskanzler» und würde dabei von Russland oder China unterstützt, um die Absurdität dieses Vorgangs zu begreifen. Immer mehr agiert die sich unbesiegbar wähnende westliche Staatengemeinschaft über alle geografischen und rechtlichen Grenzen hinweg und versucht mit offener Willkür den Globus zu dominieren. Macht rangiert vor Recht, und das Völkerrecht als letzte halbwegs verlässliche Zuflucht der Schwachen wird bedenkenlos demontiert.

Rechtsstaatlichkeit

Die Regierung Venezuelas hat den deutschen Botschafter Daniel Kriener des Landes verwiesen, weil er sich entgegen diplomatischer Gepflogenheiten offen in die inneren Angelegenheiten des Landes eingemischt habe. Kriener hatte Guaidó am Flughafen empfangen zusammen mit anderen Botschaftsvertretern hauptsächlich aus den Staaten der Westlichen Wertegemeinschaft (WWG). Damit sollte Guaidó, der sich über das Ausreiseverbot hinweggesetzt hatte, vor dem Zugriff der venezolanischen Strafverfolgungsbehörden geschützt werden.

Dabei handelte es sich aber nicht nur um einen einfachen Empfang, wie unsere Medien und Politiker immer wieder zu verharmlosen versuchen. Vielmehr brachte Kriener auch die eindeutig politische Absicht zum Ausdruck, es gehe darum, dass Guaidó weiterhin «seine Funktionen als Parlamentspräsident und Interimspräsident erfüllen» könne. Doch selbst der Wissenschaftliche Dienst des Landes, das der deutsche Botschafter vertritt, hat gerade dessen Legitimation als Interimspräsident als völkerrechtlich zweifelhaft angesehen.

Nicht nur dass der deutsche Aussenminister das Verhalten seines Botschafters deckt, er stellt sich sogar ausdrücklich weiterhin hinter Guaidó, obwohl dieser doch gerade eine der heiligen Kühe des Wertewestens geschlachtet hatte, die Rechtsstaatlichkeit. Er hat das Ausreiseverbot ignoriert, sich selbst ein Amt angeeignet, das ihm von der Verfassung des Landes nicht zusteht. Zudem hat er von

Kolumbien aus zum illegalen Grenzübertritt aufgefordert sogar unter Anwendung von Gewalt. Er hat fremde Mächte zur Intervention aufgerufen und während seiner Abwesenheit aus Venezuela den Kontakt zu diesen fremden Mächten aufgenommen, um mit ihnen das weitere Vorgehen gegen sein Land zu erörtern. All das kann man nicht anders als Hochverrat bezeichnen.

Nun kann man sicherlich trefflich darüber streiten, ob das Verhalten des deutschen Botschafters vom rechtsstaatlichen Gesichtspunkt kritikwürdig, aber von der höheren Warte der westlichen Werte aus ohne weiteres vertretbar ist. Wie aber würden wohl die Vertreter dieses Standpunktes darauf reagieren, wenn der Botschafter Venezuelas, begleitet von Diplomaten Russlands, Chinas, des Iran und der Türkei, den Katalanen Puigdemont auf spanischen Boden zurückbegleiten oder dort empfangen würden, um ihn vor den Strafverfolgungsbehörden des spanischen Staates zu schützen?

Wären sie dann auch immer noch so grosszügig in der Auslegung rechtsstaatlicher Prinzipien, hätte Puigdemont versucht, Verbündete im Ausland zu finden, die zur Unterstützung der katalanischen Unabhängigkeit bereit gewesen wären, militärischen Druck auf Spanien auszuüben? Im Gegensatz zu Venezuela hat Spanien zum Glück wenig Feinde, die sich einem solchen Vorgehen anschliessen würden. Aber wie hätte man wohl reagiert im Westen, wenn Puigdemont tatsächlich welche gefunden hätte? Wäre man mit ihm so verständnisvoll umgegangen wie mit Guaidó? Die Reaktionen aus den Zentralen der WWG auf dem Höhepunkt der katalanischen Freiheitsbewegung vor etwa anderthalb Jahren sahen ganz anders

Legitimation

Guaidó stützt seinen Machtanspruch auf subjektive, nicht belegte Behauptungen, dass Nicolas Maduro Schuld sei an der Armut im Lande und deshalb auch den Rückhalt in der Bevölkerung verloren habe. Damit habe er das Recht verspielt, als Präsident das Land zu regieren. In dieser Ansicht folgen ihm die meisten Staaten des Wertewestens und rechtfertigen damit alle ihre Massnahmen, die zu einer weiteren Verschärfung der Armut führen, obwohl sie doch vorgeben, diese bekämpfen zu wollen.

Einmal abgesehen davon, ob diese Behauptungen Guaidós der Wirklichkeit entsprechen, so sind die zugrunde liegenden gesellschaftlichen Befunde unterschiedlich auslegbar. Wer aber unter den Krisenursachen die Sanktionen gegen das Land unerwähnt lässt oder ihre Bedeutung für die wirtschaftlichen Verhältnisse leugnet wie Guaidó und seine Hintermänner, der macht sich unglaubwürdig. Zudem stellt sich die Frage: Würde die WWG zu einem ähnlichen Urteil kommen und eine entsprechende Sanktionspolitik betreiben, wenn es um einen der Ihren ginge?

Denn Vorwürfe, die von westlicher Seite gegenüber Maduro erhoben werden, träfen genau so gut auch auf den Musterdemokraten Emmanuel Macron zu. «Befragt nach dem Vertrauen in den aktuellen Präsidenten landet Macron nur bei einem Wert von 23 Prozent, wie eine (...) Umfrage der Meinungsforschungsinstitute Cevipof und Opinionway ergab. Damit hat der einstige politische Senkrechtstarter innerhalb eines Jahres 13 Prozentpunkte verloren.». Eine ähnliche Bilanz kann für Maduro nicht aufgeführt werden.

Trotzdem würden es Macron und der Wertewesen sicherlich als eine vollkommen unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten Frankreichs ansehen, wenn Venezuela – orchestriert von Peking, Moskau, Teheran und Ankara - angesichts dieser Lage vom französischen Präsidenten Neuwahlen fordern würde. Man stelle sich die Empörung in den Hauptstädten der selbsternannten Guten vor von Tokio bis Washington, würde Maduro wie die EU-Aussenbeauftragte Federica Mogherini diese Forderung auch noch verbinden mit einem Ultimatum und der Drohung, dass man bei Nichterfüllung den politischen Gegner unterstützen werde – also Marine LePen oder Jean-Luc Mélenchon.

Erzwungene Hilfe

Seit einem Vierteljahr schon demonstrieren die Gelbwesten unter anderem auch gegen die Armut in Frankreich. Diese haben sie ausdrücklich in ihrer Erklärung neben vielen anderen als Motiv für ihren monatelangen Protest angeführt. Sie scheint also für weite Teile der französischen Bevölkerung ein offensichtlich ernsthaftes Problem zu sein. Es gibt daher nicht nur Armut und mangelnde Legitimation in Venezuela sondern sogar im WWG-Mitglied Frankreich. Wo bleiben die scharfen Sanktionen und die Unterstützung für die Gelbwesten, die doch nichts anderes wollen als die Anhänger Guaidós: ein Ende des Elends?

Nun stelle man sich angesichts dieser Situation in Frankreich vor, dass Länder wie China oder Russland der verarmten französischen Bevölkerung zu Hilfe kämen und mit Containerschiffen voller Hilfsmittel in Frankreichs Häfen einlaufen wollten. Worin bestünde da der Unterschied zu den amerikanischen Hilfsmitteln, die in Kolumbien und Brasilien angehäuft werden? Wie aber würde wohl die französische Regierung reagieren, wollten China oder Russland unter Androhung von Gewalt den unkontrollierten Zugang dieser Güter auf französisches Staatsgebiet erzwingen – Armut hin, Armut her?

Alle Staaten der Welt verfügen über zoll- und gesundheitsrechtliche Auflagen für den Zugang fremder Waren auf das eigene Staatsgebiet. Auch Deutschland lässt keine Wurst und keine undurchsichtigen Verpackungen aus Ländern ausserhalb der EU unkontrolliert passieren. Die Propaganda des Wertewestens erklärt aber im Falle Venezuelas zum Verbrechen, was der eigenen Praxis und Gesetzeslage entspricht. Wenn es also politisch zweckmässig ist, erklärt man kurzerhand einen normalen Abwicklungsvorgang an der Grenze zum Verbrechen an der Bevölkerung.

Andererseits aber spielt die Not der eigenen Bevölkerung keine Rolle, wenn es zweckmässig ist für die eigenen politischen Interessen oder die von Verbündeten. Es sei erinnert an den russischen Hilfskonvoi, der während des Ukraine-Konflikts 2014 die Not der Menschen in der Ostukraine lindern sollte. Der musste umkehren, weil die ukrainische Regierung keine russische Hilfe annehmen wollte. In diesem Falle reagierte der Wertewesten ganz anders: «Die NATO hatte bereits Ende vergangener Woche vor der Gefahr einer Intervention unter dem Deckmantel humanitärer Hilfe gewarnt».

Dass die Gefahr einer «humanitären» Aggression, wie sie Maduro von den Hilfsmitteln der Amerikaner befürchtet hatte, immerhin im Bereich des Möglichen ist, hat ja gerade die Sichtweise der NATO im Fall der Ukraine bestätigt. Die Vorsicht gegenüber einer solchen möglichen Interventionsgefahr gilt für den Verbündeten und politischen Gefolgsmann Ukraine als selbstverständlich. Bei Maduro aber wird sie propagandistisch umgemünzt als die Schandtat eines Despoten, der sein Volk weiter hungern lassen will.

Im Falle der Ukraine spielten Armut und Not der eigenen Landsleute keine Rolle. Ist das nicht auch Krieg gegen das eigene Volk? Oder führen solche Kriege nur die Regierungen, die sich gezwungen sehen, sich militärisch gegen vom Westen unterstützte Rebellen zur Wehr zu setzen wie Libyen, Syrien und andere?

Verfall des Rechts

Angesichts der Entwicklung seit dem 11. September 2001 stellt sich die Frage: Was ist eigentlich noch richtig und was falsch? Was ist Ausdruck einer Menschenrechts-Ethik und was Heuchelei? Was ist politisch geboten, und was verbietet sich im Interesse der Bevölkerung? Und vor allem aber: Wer definiert, was das Interesse der Bevölkerung ist? Wer beurteilt, ob es gewahrt oder gefährdet ist? Definitionen und Wertmassstäbe, die vor Jahren noch als klar und eindeutig galten, werden unscharf und durch ihre einseitige, interessengetriebene Auslegung fragwürdig. Der scheinbar politisch neutrale und ethisch begründete Kampf für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte des Wertewestens offenbart sich zunehmend als Kampf um die eigene Vorherrschaft unter dem Deckmantel dieser Begriffe.

Man kann sicherlich unterschiedlicher Meinung sein über die Vorstellungen von Rechtsstaatlichkeit in den verschiedenen Ländern dieser Welt. Man kann auch die eigenen Standards als verbindlich erklären für den Rest

der Welt, was der Wertewesten täglich demonstriert. Im Moment gibt es keine Kraft, die ihn daran hindert oder hindern kann, ohne vielleicht einen grösseren militärischen Konflikt zu riskieren.

Nur, wie erklärt man dann der Welt, dass die Nicht-Einhaltung dieser selbst formulierten eigenen Standards bei den einen zu schwerwiegenden Folgen führt in Form von Sanktionen bis hin zu Kriegseinsätzen, während man bei strategischen Partnern und vor allem bei sich selbst wohlwollend beide Augen zudrückt? Führen die Ermordung und Zerstückelung eines Regimegegners, die öffentliche Auspeitschung oder gar Enthauptung von Verurteilten beim strategischen Partner Saudi-Arabien nur zu lauwarmen Ermahnungen vonseiten des Wertewestens, zieht die Strafverfolgung Guiadós, der immerhin gegen Auflagen verstossen und sich mit fremden Mächten gegen das eigene Land verbündet hat, schwerste Sanktionen nach sich. Das erkläre man mal der Welt. Und das ist es, was der WWG immer schwerer fällt und sie auf Kritik immer empfindlicher reagieren

Denn es genügt nicht, ethische Grundsätze wie Menschenrechte zu formulieren, man muss gerade als diejenigen, die sich zu deren Hüter aufschwingen, deutlich und unmissverständlich zeigen, dass diese Grundsätze bei denen in den besten Händen sind, die sie aufstellten. Lange ist das dem Wertewesten gelungen, als er nach der Aufgabe des Antikommunismus die Menschenrechte als Richtschnur für das politische Handeln in der Welt ausgerufen hatte. Lange haben viele Menschen sich darin täuschen lassen, dass das politische Handeln der WWG allein diesem Grundsatz untergeordnet zu

Davon ist aber wenig geblieben. Je mehr diese Werteorientierung durch das eigene Verhalten an Glaubwürdigkeit verliert, umso deutlicher tritt ihre inhaltliche Leere hervor. Die Widersprüche zwischen dem wirklichen Handeln und den Sonntagsreden in Bezug auf die westlichen Werte werden einerseits immer offensichtlicher und andererseits immer schwerer zu erklären und zu überbrücken. Die Überzeugungsarbeit wird immer mehr ersetzt durch Behauptung und Dogma.

Wie im Mittelalter Kirchenvertreter den Widersprüchen zwischen Bibeltext. Kirchenpolitik und Realität immer mehr entgegentraten durch den Verweis auf Gottes Wille und den Appell an den Glauben, so genügt als Berechtigung westlichen Handelns deren Vertretern zunehmend der Verweis auf die Werte, die sie zu vertreten vorgeben. Der Anspruch auf die alleinige Deutungshoheit über diese «westlichen» Werte, führt in der WWG zur Vorstellung eigener moralischer Überlegenheit gegenüber anderen Völkern und Gesellschaften mit anderen Wertmassstäben.

Da ist ein neues Herrenmenschendenken entstanden. Das gründet sich nicht mehr auf der Illusion rassischer Überlegenheit sondern auf der Inanspruchnahme höherer moralischer Werte für sich selbst und die eigene Gefolgschaft. Aus dieser Orientierung an überlegen geglaubten Werten nimmt die WWG für das eigene Handeln höhere Rechte in Anspruch, als für das Handeln und die Bedürfnisse anderer gelten. Das schliesst in den Augen des Wertewestens auch den Einsatz von Sanktionen und Kriegen als Mittel der humanitären Intervention mit ein. Vom Westen geführte Kriege erklärt er somit zu einer humanitären Mission.

Rüdiger Rauls, geboren 1952 in Trier, ist Reprofotograf sowie Autor mehrerer Bücher. u.a. «Wie funktioniert Geld?» und «Kolonie Konzern Krieg». Quelle: rubikon.news

Unsere Welt 7 April 2019

Buchbesprechung

Die Rhetorik der Rechten

Mit ihrem «Überblick über rechtspopulistische Diskursstrategien» erhofft sich Franziska Schutzbach ein Mittel, um rechte Rhetorik besser erkennen und durchschauen zu können. Toni Mächtlinger hat das Buch für uns gelesen.

Von Antoinette Mächtlinger

«Gemäss zwingendem Völkerrecht und Bundesverfassung darf niemand in einen Staat ausgeschafft werden, in dem ihm Folter droht. Das Parlament will nun aber eine Ausnahme für Terroristen. Der Ständerat hat am Dienstag eine entsprechende Motion aus dem Nationalrat mit 22 zu 18 Stimmen gutgeheissen – gegen den Willen seiner vorberatenden Kommission.» (Der Bund, 20.März 2019)

Diese Nachricht wirkt wie eine Bestätigung zweier wichtiger Thesen des zu besprechenden Buches:

- Erweiterung des Sagbaren. Dazu schreibt die Autorin: «In der rechtspopulistischen Umdeutung wird freie Meinungsäusserung aber zu einer Formel, um alles sagen zu dürfen, (...), auch Grundgesetze, Verfassungsaufträge und Menschenrechte infrage zu stellen ohne dafür kritisiert werden zu dürfen.»
- *Drang zur Mitte*. Hierin sieht die Autorin eine besondere Gefahr: Mit Blick auf die SVP oder die Alternative für Deutschland AfD liege die Vermutung nahe, «dass der Rechtspopulismus umso erfolgreicher ist, je weiter er sich selbst in der Mitte verortet und je bürgerlicher er sich in seinem Auftreten gibt.»

Das Buch

Die Autorin Franziska Schutzbach, Soziologin und Geschlechterforscherin mit Schwerpunkt Rechtspopulismus, untersucht die einfachen und die raffinierten Strategien rechtspopulistischer Parteien. Dabei bezieht sie sich auf eine riesige Menge aktueller wissenschaftlicher Studien und auf Medienbeiträge aller Art. Schutzbach gliedert ihre Argumentation übersichtlich in thematische Punkte; im Hauptteil sind es deren 20. Dazwischen eingestreut finden sich ganz konkrete Beispiele, die den theoretischen Teil illustrieren. Die Autorin begnügt sich nicht mit der Analyse: sie entwickelt auch Gegenstrategien. Sie hoffe, sagt sie, mit dieser Übersicht ein Werkzeug zur Verfügung zu stellen, mit dem rechte Rhetorik besser erkannt und durchschaut werden

Die Doppelrolle und die Medien:

Während Rechtspopulisten mit ihrem Auftreten als normale bürgerliche Parteien Erfolge erzielen, müssen sie gleichzeitig «die Narration der Opposition aufrechterhalten», nämlich die Geschichte von den einfachen Leuten, die sich gegen die Eliten abgrenzen. Wobei mit den «einfachen» oder «kleinen» Leuten immer ausschliesslich die «eigenen» gemeint sind. Wichtigster Mitspieler sind die Medien, die «rechtspopulistische Äusserungen zwar skandalisieren und kritisch kommentieren, ihnen damit aber auch eine Bühne, Bedeutung und Legitimität geben». Es ist das Kalkül der Politiker vom rechten Rand, dass empört über ihre Provokationen berichtet wird. So kann Kritik - und erst recht Boykott und Ausladung von Veranstaltungen – als Zensur dargestellt und in «Selbstveropferung» eingewoben werden. Mit der Forderung nach «Meinungsvielfalt» wird Dauerpräsenz in den Medien erzielt. Bei ihren Auftritten können Rechtspopulisten sich darauf verlassen, dass jene Teile des Publikums, die eine Affinität für Ressentiments haben, auch angesichts der besten Gegenargumente ihre Position nicht ändern, «sondern sich dadurch, dass ihre Vorurteile in der Öffentlichkeit ausgesprochen werden, bestätigt fühlen».

Die Schweiz als Vorbild

Für Rechtspopulisten aller Couleur ist das Schweizer Modell mit seiner direkten Demokratie attraktiv. Auch historisch gesehen, ist sie sozusagen Pionierin: Mit der Nationalen Aktion (1961) über die Genfer Vigilance (1965) bis zur Schwarzenbach-Initiative (1970) schreitet sie wacker voran; Jean-Marie Le Pens Front National wird erst 1972 gegründet. Die SVP profitiert von der Tradition der Konkordanz, die ihr die Doppelrolle als Oppositions- und Regierungspartei ermöglicht. Momentan ist sie die wählerstärkste Partei. In der Bevölkerung ist die Meinung weit verbreitet, dass eine Partei, die so viele Wählerinnen und Wähler mobilisieren kann, gar nicht extrem sein könne. Dadurch werden ihre «unübersehbaren Brandstiftereffekte» vernebelt. Einen weitern Vorteil zieht die SVP aus dem Umstand, dass die Schweiz (als einziger Staat in Europa) keine Offenlegung von Parteifinanzierung kennt.

Rechte Diskursstrategien

Alle 20 Punkte sind zur Betrachtung empfohlen! Hier müssen wir uns auf wenige Beispiele beschränken.

- Das Volk gegen die Eliten: Der Populismus knüpft an Empfindungen der Ohnmacht und des Zukurzgekommenseins an. Die Eliten sind beliebig: Staat, EU, UNO, Wissenschaft usw.
- Konstruktion von Konflikten: Die rechtspopulistische Rhetorik ist stark auf Konflikte ausgerichtet. Es geht nicht um Argumente, sondern um Emotionen: Empörung, Hass, Angst, Ressentiments.
- Ethnopluralismus anstelle von Rassismus: «Kulturelle Identität» tritt an die Stelle des klassischen biologistischen Rassismus. Völker haben unveränderliche Eigenschaften, deren Wert verteidigt werden muss gegen Migration und Globalisierung.
- Volkssouveränität gegen Verfassungsstaat: Rechtsstaatliche Institutionen und internationale Abkommen werden dargestellt als dem Volkswillen zuwiderlaufend. Das Parlament wird gar lächerlich gemacht (Blocher im Mai 2014).
- Politisierung von Geschlechter- und Sexualitätsfragen: Die «fe-

Franziska Schutzbach

Die Rhetorik der Rechten

Rechtspopulistische Diskursstrategien
im Überblick

AUS

AKTUELLEM

ANLASS

Franziska Schutzbach, Die Rhetorik der Rechten. Edition Xanthippe, Zürich/München 2018. ISBN: 978-3-905795-60-8

Die Buchhandlung Waser, Rümelinsplatz 17, 4001 Basel, Tel. 061 261 02 89, buecher-waser@bluewin.ch nimmt Ihre Bestellung gerne entgegen. ministische Umerziehung» wird als Bedrohung wahrgenommen. Es wird die Vorstellung beschworen, «es gäbe so etwas wie eine natürliche, also vorgesellschaftliche, vorpolitische Ordnung, die es aufrechtzuerhalten gelte.» Andererseits brüsten sich zunehmend Rechtspopulistinnen mit der Gleichstellung als «abendländischer Errungenschaft» gegenüber einem «rückständigen Islam».

Ausblick und Gegenstrategien

In diesem letzten Kapitel wechselt der Ton von der wissenschaftlichen Analyse zur eindringlichen persönlichen Aufforderung. Anfangs zitiert die Autorin aus Sebastian Haffners Erinnerungen 1914-33. Dieser zeichnet ein Psychogramm seines Umfelds und beobachtet dabei eine sich ausbreitende Untergangsstimmung in liberalen und linken Kreisen: «...und bei manchen hat sich die pessimistische Verzweiflung geradezu in eine Art Behaglichkeit umgesetzt.» In ihren Gegenstrategien fordert Schutzbach uns auf, handelnde Subjekte zu bleiben. Was nicht bedeutet, sich in jede Diskussion hineinziehen zu lassen. Die eigenen Argumente einzubringen lohnt sich unter Umständen nur, wenn man in der Runde mit mindestens einem zuhörenden Zuhörer rechnen

Die Demokratie nutzen!

Schutzbach empfiehlt dringend, die Vorteile unserer demokratisch verfassten Gesellschaft zu nutzen, Bündnis- und Koalitionsmöglichkeiten möglichst breit zu denken und die eigene Arroganz der Besserwisserei zurückzustecken. «Es muss gewählt und abgestimmt werden, um den Machtanteil und den Einfluss reaktionärer Kräfte so gering wie möglich zu halten.» Dazu gehöre auch die Teilhabe aus der Opposition, in zivilgesellschaftlicher und ausserparlamentarischer Selbstorganisation, im künstlerischen Schaffen oder im Philosophieren. Staatliche und behördliche Instanzen (Rassismusbekämpfung, Präventionsarbeit mit Kindern und Jugendlichen...) sollen genutzt, verteidigt, ausgebaut werden. «Der Fokus muss weiterhin auf dem Empowerment derjenigen liegen, die dem Rechtspopulismus und Rechtsextremismus etwas entgegensetzen können.»

Eine Trennlinie ziehen

«Das Dilemma liegt in der Natur des Populismus – bei Nichtbeachtung wird er stärker, bei einer Zusammenarbeit allerdings auch.» Eine Gratwanderung für die andern konservativen Parteien. Eine Herausforderung, der sie sich stellen müssen: «Das eigene konservative Profil schärfen und gleichzeitig eine Trennlinie ziehen zu Rechtsaussen». Eine Trennlinie! Die sollen auch die Medien ziehen! Franziska Schutzbach überlässt das Schlusszitat dem Journalisten Klaus Theweleit (Interpunktion leicht verändert): «Wir sind eine interessenzentrierte bürgerliche Presse mit ganz bestimmten Werten; und sind damit in den Augen derer, die diese Werte ablehnen und bekämpfen, ganz selbstverständlich Lügenpresse. Danke für das Kompliment! Gegen Leute, die (voll bewusst) aus dem Kontrafaktischen reden (ob Weidel, Gauland oder Trump), kann jeder diskutierende Mensch nur verlieren; weil dieser Typus sich mit jedem vorgebrachten Argument nur den Hintern wischt und eine Behauptung dagegensetzt, die darauf pfeift, wahr oder auch nur begründbar zu sein. Mit solchen Leuten diskutiert man nicht als halbwegs vernünftiger Mensch.»

Der Bundesrat und das Atomwaffenverbot

Schande dauert an

Der Bundesrat hat gegen den Willen des Parlaments erneut bekräftigt, dass die Schweiz den 2017 in der UNO verhandelten Vertrag über ein umfassendes Atomwaffenverbot TPNW zum jetzigen Zeitpunkt nicht unterzeichnet wird. Damit will er sich offenbar die unsinnige Option offenlassen, sich unter den atomaren «Schutz»-Schild eines fremden Staates oder Bündnisses zu stellen.

Diese Haltung ist inakzeptabel und muss vom Volk korrigiert werden. Der Kampf gegen den Atomtod stand an der Wiege der Schweizerischen Friedensbewegung, als sie im Herbst 1949 gegründet wurde. In einer beispiellosen Aktion gelang es ihr ein Jahr später, dem widerwärtigen Klima des Kalten Krieges zum Trotz, über 250 000 Schweizerinnen und Schweizer hinter ihrer Forderung nach sofortiger Abschaffung sämtlicher Atomwaffen zu vereinen.

Damals wie heute stiess das Begehren beim Bundesrat auf taube Ohren. Heute wie damals ist es deshalb notwendig, dass sich das Volk einmischt. Noch dringender, noch drängender. Die Schweizerische Friedensbewegung ist bereit, dazu gemeinsam mit andern Organisationen und Einzelpersonen, in einer breiten, überparteilichen Front der Vernunft, ihren Beitrag zu leisten.

Sekretariat der Schweizerischen Friedensbewegung Basel, 4. April 2019

Stellungnahme von NR Carlo Sommaruga

Unwürdige Haltung

Das Parlament hat vor drei Monaten eine Motion überwiesen, die den Bundesrat auffordert, den Vertrag über ein umfassendes Atomwaffenverbot TPNW so schnell wie möglich zu unterzeichnen. Die Motion eingereicht hatte der Genfer SP-Nationalrat Carlo Sommaruga. Wir haben ihn um eine Stellungnahme zum ablehnenden Bundesratsentscheid vom 3. April gebeten.

Von Carlo Sommaruga

Die Welt ist durch Atomwaffen bedroht. Die verschiedenen bisher von den Atommächten unterzeichneten Verträge haben die militärische Entnuklearisierung nicht vorangetrieben. In letzter Zeit ist sogar das Gegenteil der Fall. Zuerst kündigen die Vereinigten Staaten das Atomabkommen mit dem Iran, anschliessend den Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme.

Es ist an der Zeit, das Paradigma zu ändern. Das hat die Zivilgesellschaft längst verstanden. Ihr ist es daher zu verdanken, dass der Vertrag über ein umfassendes Atomwaffenverbot (TPNW) ausgearbeitet werden konnte und von der Versammlung der Vereinten Nationen genehmigt und zur Unterzeichnung und Ratifizierung vorgelegt wurde. Mit einer schnellen Unterzeichnung und Ratifizierung hätte die Schweiz eine grossartige Karte als Hoffnungsträgerin ausspielen können. Aber der Bundesrat, wahrscheinlich von der Verwaltung schlecht beraten, lehnte dies ab.

Um dieser dem Image der Schweiz auf internationaler Ebene abträglichen Haltung entgegenzuwirken, haben die beiden Kammern des Parlaments im Juni und Dezember 2018 eine Motion angenommen, mit welcher die Unterzeichnung und baldige Ratifizierung gefordert wird. Der Ständerat lehnte sogar explizit einen Vorschlag des EDA ab, die Unterschrift um einige Jahre hinauszuschieben, damit der Vertrag näher geprüft werden könne. Jener Bundesrat, der wie ein Mantra immer wiederholt, «Aussenpolitik ist Innenpolitik», hat seinen Ratskolleginnen und -kollegen nicht einmal vorgeschlagen, dem Parlament zu folgen! Was für ein Mangel an Glaubwürdigkeit, was für ein Affront gegen das Parlament, was für eine Zerrüttung des Bildes der Schweiz. Ignazio Cassis und seine Staatssekretärin Pascale Baeriswil haben die Schweiz und den Bundesrat zur Marionette der Atommächte gemacht. Denn entgegen dem Kommuniqué des Bundesrates vom 3. April 2019 gibt es keinen Platz für einen Schweizer Brückenbauer. Die Atommächte wollen sich nicht von der Atomwaffe trennen. Die Marschrichtung verändern kann nur ein Paradigmenwechsel, das Verbot von Atomwaffen.

Die unwürdige Haltung der Bundesrats-Mehrheit in dieser Frage ist schrecklich. Die politische Konstellation muss sich ändern. Das können wir erreichen, indem wir an den Eidgenössischen Wahlen vom Herbst jene an die Urne bringen, die eine andere Politik wollen. Dazu bedarf es einer maximalen Mobilisierung.

Auf parlamentarischer Ebene werden wir alternative Lösungen prüfen, um den Bundesrat in Bewegung zu setzen. Wie auch immer, die Geschichte wird uns Recht geben!

(Übersetzung aus dem Französischen: UW)

Stellungnahme von ICAN Schweiz

«Ich hätte erwartet, dass der Bundesrat den Willen des Parlaments respektiert und das Atomwaffenverbot sofort unterzeichnet. Dieses Vorgehen scheint mir alles andere als demokratisch», sagt Maya Brehm, Mitbegründerin von ICAN Schweiz. Im März hatte der Schweizer Zweig der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen Bundesrat Ignazio Cassis eine von über 26 500 Menschen unterzeichneten Petition zum sofortigen Verbots-Beitritt überreicht.

«Als humanitärer Staat trägt die Schweiz auch eine besondere Verantwortung. Ihr Verhalten hat international Signalwirkung. Auf der Stelle zu treten hilft nicht, die internationale Sicherheitslage zu verbessern», so Brehm weiter.

In die erneute, vertiefte Prüfung des Beitritts will der Bundesrat auch «externe Sachverständige» involvieren. ICAN Schweiz hofft, in diesen Prozess einbezogen zu werden, zusammen mit anderen Vertretern der Schweizen Ziwilgerellschaft.

Schweizer Zivilgesellschaft. (Quelle: icanswitzerland.ch)

April 2019 Unsere Welt 8

ISSN 1423-6826 sfb@bluewin.ch www.friedensbewegung.ch



Unsere Welt



Gut vernetzt: Louise Stebler, am Dreiländer Friedensfest 2002. Foto D. Herrmann

Louise Stebler und die SFB

Die Welt bewahren

Am 12. Februar 2019 ist unsere Friedensfreundin Louise Stebler im 95. Lebensjahr gestorben. Ein Leben im Dienste des Friedens, der Solidarität, der sozialen Gerechtigkeit und der Völkerfreundschaft ist zu Ende gegangen. Die Ideale, die Louise Stebler Zeit ihres Lebens hochgehalten hat, bleiben Richtschnur für uns

Von Martin Schwander

Louise ist in einem widerständigen, antifaschistischen Haus aufgewachsen. Als Mädchen schon strikte sie Socken für das republikanische Spanien und als junge Frau beteiligte sie sich aktiv an Sabotageaktionen gegen die Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten. 1945 schwiegen in Europa zwar endlich die Waffen, ihr Geklirr aber hallte nach und nahm wenig später an Lautstärke wieder zu. Louise war sich deshalb bewusst: Um den Frieden muss täglich neu gerungen werden. Und sie hatte klare Vorstellungen darüber, dass Frieden und soziale Gerechtigkeit einhergehen. Für sie hatte der Friedenskampf auch den Kampf gegen soziale und rassistische Unterdrückung einzuschliessen, gegen Ausbeutung, für die Gleichberechtigung aller Menschen, für die Freiheit, für die Menschenwürde.

Mit Joe Stebler, ihrem Ehemann und Kampfesgenossen an allen Fronten, beteiligte sie sich deshalb in den ersten Nachkriegsjahren aktiv an der Organisation «Frieden durch Aufbau» und opferte Freizeit und Ferien, um 1947 mit anderen Jugendlichen im kriegsversehrten Jugoslawien eine Eisenbahnstrecke wieder herzustellen. Viele dieser Mitstreiter traf Louise zwei Jahre später abermals, als es um die Gründung einer breiten schweizerischen Friedensbewegung ging.

Im April 1949 hatten sich in Paris viele Hundert Menschen aus der ganzen Welt versammelt, um mit einem Ersten Weltfriedenskongress eine machtvolle weltumfassende Friedensbewegung zu initiieren. Dem neuen Kriegsbündnis NATO sollte ein Bündnis des Friedens und der Vernunft entgegengestellt werden. Auch aus der Schweiz waren 29 Delegier-

> Redaktionsschluss dieser Nummer: 2. April 2019

te hergereist, aus Basel Jean Moser, die andern stammten vornehmlich aus dem Welschland und dem Tessin. Louise und Joe Stebler schlossen sich ihnen aus eigener Initiative an.

Nach ihrer Rückkehr in die Schweiz beteiligten sich die beiden aktiv an der Gründung des Basler Komitees für den Kampf um den Frieden und schliesslich der Schweizerischen Bewegung der Friedenspartisanen, wie die SFB damals hiess.

Am 14. Oktober 1949, nur wenige Wochen nach der Ersten Nationalen Konferenz der neuen Friedensorganisation, versammelten sich im Basler Volkshaus über 600 Teilnehmende zu einer grossen Friedenskundgebung. Louise sprach im Namen der Jugend. Der «Vorwärts» fasste damals zusammen, was sie gesagt hat: «Der Jugend ist es zugedacht, im kommenden Krieg die Soldaten zu stellen. Wir wenden uns dagegen. Die Jugend will leben und nicht Kanonen- und Bombenfutter werden. In der Schweiz wird immer mehr für die militärischen Rüstungen ausgegeben. Wir erheben dagegen Protest und verlangen, dass Gewerbeschulen gebaut werden, dass die Jugend Schulungs- und Bildungsmöglichkeiten erhält und dass die Verhetzung im Dienste der Kriegstreiber eingestellt wird.»

Es sind fast siebzig Jahre her, dass Louise sich in diesem Sinn geäussert hat. Sie hat diesen Worten in den darauffolgenden Jahren immer Taten folgen lassen. Ob während der Unterschriftensammlung unter den Stockholmer Appell gegen die Atomare Rüstung, ob gegen den Kalten Krieg und für die friedliche Koexistenz, gegen Rassismus und Kolonialismus, für den Befreiungskampf der Völker in der Dritten Welt, für die Solidarität mit Korea, Vietnam, Kuba, Südafrika, Palästina, Syrien, Venezuela, ob im Kampf gegen die Neutronenbombe und die Raketenstationierung in Europa, ob an Weltkongressen in Addis Abeba oder an Ostermärschen in Basel: Louise war dabei, oft tragend, oft

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel Verantwortlich für die Herausgabe: Martin Schwander

Redaktion: Franziska Genitsch, Julia Hoppe, Jonas Jäggi, Toni Mächtlinger, Ruedi Moser, Martin Schwander, Samuel Wanitsch, Monika Waser

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.

Mail: sfb@bluewin.ch Telefon: 061/681 03 63 Fax: 061/681 76 32 Abonnementspreis: mindestens 12 Franken. PC: 40-1627-7 IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7

Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

im Hintergrund, während Jahrzehnten

Louise war eine hartnäckige Netzwerkerin. Das persönliche, verbind-

Seite an Seite mit ihrem Joe.

Am 17. März 2019, kurz nach ihrem 93. Geburtstag, ist die langjährige Sekretärin der Schweizerischen Friedensbewegung SFB, Martha «Marteli» Martin-Schneider, im Alters- und Pflegeheim Eben Ezer in Frenkendorf verstorben.

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil

die Freundinnen und Freunde der UW mit

Spenden es ermöglichen und weil viele Hel-

ferinnen und Helfer bei der Verbreitung mit-

Indem Sie den Einzahlungsschein benützen

und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die

Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den

Wie kann ich helfen?

Talon auf Seite 3. Herzlichen Dank!

Von Fränzi Genitsch-Hofer

Martelis Jugend war geprägt durch die schrecklichen Eindrücke des Zweiten Weltkriegs. Im Mai 1945 konnte die Welt endlich aufatmen. Der Sieg über den Hitlerfaschismus ist mit grossen Opfern erkämpft worden.

Europa, aber auch Erleichterung und Hoffnung. Für Martha war es klar, so etwas darf sich nie mehr wiederholen. Sie schloss sich mit ihrem Mann der Bewegung «Frieden durch Aufbau» an. Sie wollte mithelfen und den Menschen in den vom Krieg stark zerstörten Ländern ihre Solidarität zum Ausdruck bringen. Martha nahm teil an einer Aufbaubrigade in Jugoslawien.

Jahre lang mit grosser Gewissenhaftigkeit und viel Können durch. Sie war jahrelang die rechte Hand von unserem Präsidenten Hans Stebler. Ohne die Hilfe von Martha hätte Joe viele seiner legendären Veranstaltungen und Anlässe sicher nicht so perfekt durchführen können.

Ich selber habe im Jahre 1999 das Sekretariat der SFB von Marteli übernommen. Ich konnte aber weiterhin immer mit ihrer Hilfe und Mitarbeit rechnen und auf sie zählen. Ich war immer wieder erstaunt mit wieviel Geschick und Verständnis Martha mit der modernen Technik und Informatik zurechtgekommen ist. Sie ist im Geist jung geblieben und war immer für Neues offen. Ihre Geduld und



Als Delegationsleiterin 1993 in Kuba: Die damalige Vizepräsidentin der SFB Martha Martin (Mitte) bei der Übergabe einer Solidaritätsspende in einer Schule. Foto Archiv

Leben andauernde Einsatz von Martha Martin in der Friedensbewegung. Marteli ist jung verwitwet und hat mit beispiellosem Einsatz ihre Kinder grossgezogen. Sobald die Kinder sie nicht mehr so stark beanspruchten, intensivierte sie ihre Aktivität für die Schweizerische Friedensbewegung. Sie übernahm die Aufgaben im Sekretariat und führte dieses Amt viele

ihr umgängliches Wesen haben die Atmosphäre im Büro der Friedensbewegung geprägt und das Arbeiten für alle Aktivistinnen und Aktivisten angenehm gemacht. Marthas Wesen und ihr unermüdliches Schaffen und Wirken haben in all den Jahren viel zum Gelingen der Aktivitäten der Friedensbewegung beigetragen.

Ein Leben für den Frieden

Unser «Marteli»

Es herrschte Not und Zerstörung in

Damit begann der das ganze weitere

(Aus einem Text zum 90. Geburtstag von Martha Martin, UW 2/2016)

Jahrestagung 2019

Schweizerische Friedensbewegung SFB

Samstag, 11. Mai 2019, 17.00 – 19.00 Uhr Restaurant Rebhaus (Saal) Riehentorstr. 11, Basel (nahe Wettsteinplatz)

Traktanden:

Jahresberichte: Sekretariat • Redaktion • Finanzen Wahl des Vorstandes • Ausblick und Anregungen

Anschliessend gemeinsames Abendessen. Die Jahresversammlung ist wie immer öffentlich. Interessierte sind herzlich eingeladen!

Falls Sie Mitglied der SFB werden wollen und es nicht schon sind), können Sie untenstehenden Talon verwenden.

liche, verpflichtende Gespräch, der persönliche Kontakt waren ihr wichtig. Sie hatte eine Art aufsässigen Eifer für unsere Sache, der auch nerven konnte. Aber ich habe immer wieder gestaunt und sie auch bewundert dafür, wie viele und wie unterschiedliche Menschen sie jeweils zusammenführen konnte und welch dickes Fell sie sich dabei zugelegt hatte.

Am hartnäckigsten war sie in ihrem Kampf gegen die Atombombe. Sie wusste, wir leben in einer garstigen Welt, aber diese Welt ist veränderbar, eine bessere Welt ist möglich. Doch verändern, verbessern können wir nur, was existiert. Also muss diese Welt zunächst vor ihrer totalen Vernichtung, vor dem nuklearen Winter geschützt werden. Das war ihr Hauptanliegen.

Im Herbst 2017 wurde in der UNO das Abkommen zum Verbot der Atomwaffen verabschiedet und der Kampf gegen die nukleare Vernichtung mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Andreas Zumach hat in seinem Vortrag bei uns am letzten Weltfriedenstag mit Recht gesagt: «Dieses Verbotsabkommen ist ein grosser Erfolg von allen, die darauf 70 Jahre lang weltweit hingewirkt haben und einige von ihnen sitzen heute auch in diesem Saal.» Ich weiss nicht, wie Louise mit Lob für ihren lebenslangen Einsatz umgegangen ist, aber ich hoffe doch, dass sie die Worte von Andreas Zumach an diesem Abend mit einer gewissen Genugtuung aufgenommen hat.

Wir danken Dir, liebe Louise, dass du mitgeholfen hast, diese Welt zu bewahren und dass du nie aufgegeben hast, sie auch etwas besser zu machen. Dein Einsatz ist uns Verpflichtung über deinen Tod hinaus.

(Beitrag im Namen der Schweizerischen Friedensbewegung an der Abdankungsfeier vom 26. Februar 2019 in Basel.)



Eug Pfister und seine Gitarre: Beim Freiwilligen-Einsatz in der CSSR mit «Frieden durch Aufbau» 1947. (Foto Privatarchiv)

Trauer um Eug

Im Dezember 2018 verstarb im Allschwiler Alterszentrum am Bachgraben im 96. Lebensjahr unser Friedensfreund Eugen Pfister. Eug war ein Friedensaktivist der ersten Stunde: Von «Frieden durch Aufbau» über die SFB bis zur Gründung der Genossenschaft Riehentor, die er jahrelang präsidierte, war er eine markante Persönlichkeit in der Basler und Schweizerischen Friedensbewegung.